

Kapitel 9 – Integration vor Ort gestalten

In diesem Kapitel soll es darum gehen, wie die Integration von Geflüchteten vor Ort ausgestaltet wird. Die Aufnahme von Asylsuchenden ist zwar in nationalen Gesetzen geregelt, ihre Unterbringung und Integration findet jedoch in den Kommunen statt. Wie ich in Kapitel 6 bereits gezeigt habe, wird deren Aufnahmefähigkeit von strukturellen, politischen und gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst, wobei in allen drei Bereichen eine Vielzahl von Optionen besteht, inwiefern existierende Ressourcen genutzt werden, um damit die Integration von Geflüchteten auszustalten. Ich greife für dieses Kapitel auf Forschungsdaten aus einem Projekt zurück, in dem wir in den Jahren 2018 bis 2021 die Aufnahme von Geflüchteten in ländlichen Regionen untersucht haben.¹ Im Zentrum des Projekts stand die Frage, inwieweit die Ansiedlung von Geflüchteten in diesen oft von Abwanderung und demographischer Alterung geprägten Regionen Impulse für die zukünftige Entwicklung geben kann. Um diese Frage zu beantworten, hat unser Projekt-Team über drei Jahre hinweg wiederholt insgesamt 32 Ortschaften in den Bundesländern Bayern, Hessen, Sachsen und Niedersachsen aufgesucht und Interviews mit Geflüchteten sowie mit Akteur:innen aus Politik und Verwaltung, Bildung, Arbeitsmarkt, Sozialarbeit und der engagierten Zivilgesellschaft durchgeführt. Im Jahr vier nach dem ›Langen Sommer der Migration‹ interessierte uns, welche Erfahrungen seither mit der Aufnahme von Geflüchteten gemacht wurden. Welche zentralen Probleme wurden identifiziert? Welche Erfolge haben sich eingestellt? Welche Strukturen wurden aufgebaut? Wie wurde die lokale Bevölkerung in die Thematik eingebunden? Was ist konkret geschafft worden, und wie schaut man auf diese Phase zurück?

9.1 Was verstehen Sie unter Integration?

Viele dieser Gespräche rankten sich um den Integrationsbegriff. Aus Perspektive der Akkulturationsforschung ist Integration ein Prozess der gemeinsamen Veränderung. Das ist sowohl gesellschaftlich als auch sozialräumlich zu verstehen. Vor diesem Hintergrund kann die Aufnahme von Geflüchteten als eine Aufgabe beschrieben werden, die in ihrer

¹ Eine Zusammenstellung der wichtigsten Projektergebnisse findet sich in Mehl et al. 2023.

kollektiven Bearbeitung Veränderungsprozesse in beiden Gruppen, aber auch im sozialräumlichen Gefüge einer Gemeinde anschiebt. Da ›Integration‹ jedoch in der Begriffsverwendung immer wieder sehr einseitig Veränderungsansprüche an die ›Anderen‹ formuliert, wird im wissenschaftlichen Diskurs inzwischen der Begriff der Teilhabe bevorzugt (Hinger 2023). In der politischen und gesellschaftlichen Praxis ist der Integrationsbegriff aber weiterhin omnipräsent, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen. Am functionalsten vielleicht im Bereich Arbeitsmarkt, wo Integration bedeutet, dass Erwerbslose – in diesem Fall Geflüchtete – durch die Bemühungen der Jobcenter und Arbeitsagenturen eine stabile Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben. Im Bereich des Spracherwerbs ist der Begriff in Gestalt der ›Integrationskurse‹ institutionalisiert. In diesen lernen Einwander:innen Deutsch bis zu einem Niveau, das selbständiges Agieren im Alltag und am Arbeitsplatz ermöglichen soll. Zudem wird landeskundliches, geschichtliches und politisches Wissen zu Deutschland vermittelt.² Einwander:innen, die den Integrationskurs abgeschlossen haben, haben damit einen wichtigen Schritt der Integration vollzogen. In Schulen und insgesamt in Bildungseinrichtungen wird der in der Pädagogik häufiger genutzte Begriff der Inklusion bevorzugt, der aus der Förderpädagogik stammt (Abram 2003). In Bezug auf Kinder aus geflüchteten Familien ist die Zielsetzung von Inklusion, dass die Kinder mit ihren jeweiligen Ressourcen am regulären Unterricht teilhaben und in die Lage versetzt werden, einen Bildungsabschluss zu erwerben.

Im Bereich Politik und Verwaltung ist das Begriffsverständnis weniger eindeutig. Kommunen haben zwar im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsaufgaben viele Berührungspunkte mit den Integrationswegen von Geflüchteten, doch der größte Teil liegt im Bereich der freiwilligen Selbstaufgaben. Ob und in welcher Größenordnung und Nachhaltigkeit beispielsweise Beratungsstellen für Geflüchtete installiert werden, Fördergelder für deren Arbeitsmarktintegration eingeworben oder integrative Aktivitäten der Zivilgesellschaft unterstützt werden, unterliegt politischen Aushandlungsprozessen und ist natürlich auch abhängig von der kommunalen Finanzlage (Schammann/Gluns 2021: 112f.). In den thematisch versäulten Kommunalverwaltungen kommen Fragen von Integration eher gestreut als gebündelt auf und werden deshalb nicht unbedingt gleichartig adressiert. Eine konzeptionelle Leitschnur in Form von Integrationsleitlinien oder -konzepten kann das Akteurshandeln vereinheitlichen und auf ein gemeinsames Ziel ausrichten. Allerdings verfügten vor 2015 meist nur diversitätsgeprägte Großstädte über entsprechende Leitbilder, und oft wurden in diesen Leitbildern Asylsuchende gar nicht berücksichtigt, da man sie nicht als Teil der Stadtbevölkerung betrachtete. Eine Studie der Robert-Bosch-Stiftung folgend brachte der ›Lange Sommer der Migration‹ insofern einen Innovationsschub, als nun auch weniger von Migration geprägte ländliche Regionen begannen, ihre Ansätze der Integrationsarbeit konzeptionell zu grundieren. Überdies wurden

² Nach §43, Abs. 2 AufenthG hat der Integrationskurs das Ziel, »die Ausländer an die Sprache, die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutschland heran[zu]führen.« Er besteht aus einem 600 Unterrichtseinheiten umfassenden Sprachkurs sowie einem Orientierungskurs im Umfang von 100 Unterrichtseinheiten, in dem politisch-gesellschaftliche Grundlagen des Lebens in Deutschland übermittelt werden.

bestehende Integrationskonzepte auf die Gruppe der Geflüchteten ausgedehnt (Schammann et al. 2020).

Am wenigsten Kohärenz im Verständnis dessen, was Integration ist und wer dafür zuständig ist, findet sich auf Seiten der engagierten Zivilgesellschaft und der Aufnahmegerügsellschaft als Ganzes. In unseren Gesprächen mit lokalen Akteur:innen fragten wir nach ihrem eigenen Begriffsverständnis und baten um eine Einschätzung zu den Vorstellungen der breiten Bevölkerung in Bezug auf Integration (vgl. Tab. 9.1). Es offenbarte sich ein überwiegend assimilatives Verständnis mit der Erwartung, dass sich Geflüchtete an die Lebensweise der Einheimischen anpassen, Deutsch lernen, einer Erwerbsarbeit nachgehen und sich auch ansonsten den allgemein üblichen Tages- und Lebensläufen anpassen. Selbst in der engagierten Zivilgesellschaft sind assimilative Vorstellungen stark verbreitet, natürlich verbunden mit dem eigenen Engagement, den Geflüchteten im Prozess der Anpassung beizustehen. Auf der Ebene des nachbarschaftlichen Zusammenlebens ist das mit Abstand wichtigste Anpassungsfeld die Mülltrennung, für das mancherorts sogar Schulungen entwickelt wurden, um die Geflüchteten in dem neuen Wohnumfeld nicht anecken zu lassen. Teils greifen Anpassungserwartungen stark in den privaten Lebensvollzug ein. In einem lokalen Fallbeispiel zogen zwei Ehrenamtliche los, um in den Wohnungen der Asylsuchenden Vorhänge anzubringen. Die Geflüchteten hatten Zeitungspapier als Sichtschutz an die Scheiben geklebt, worauf sich die Ehrenamtlichen gezwungen sahen, einzuschreiten:

Und dann sind wir nach einer gewissen Zeit [...] von Wohnung zu Wohnung gegangen und haben denen klar gemacht, dass wir keine Zeitungen an Fenster kleben, denn wir sind ein Bad – Borkau*, das Bad – und die Kurgäste, die sollen hier nicht wissen, dass sonst wer hier wohnt. Das sind ganz normale Menschen, die vom Ausland kommen und wir machen Gardinen dran. Da haben wir überall Gardinen dran gemacht.³

Noch extremer schienen uns jedoch die vielen Einlassungen zur Rolle der Frau und zur Familienplanung, in der – ausgehend von der deutschen ›Normalfamilie‹ (vgl. Böllert/Peter 2012) – Kinderreichtum oder das Verzichten auf Empfängnisverhütung bei geflüchteten Frauen als bedenkliche Normabweichungen interpretiert wurden. Vereinzelt gab es neben diesen dominanten assimilativen Vorstellungen auch teilhabeorientierte Perspektiven, die Integration als eine egalitäre Form der Begegnung, gegenseitigen Annäherung und des Wandels verstanden; diese wurden aber überwiegend von hauptamtlichen Akteur:innen aus dem Bereich der sozialen oder interkulturellen Arbeit geäußert.

³ Interview mit Erna Schubert* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Bad Borkau* (Pseudonym), Dezember 2019.

Tab. 9.1: Was verstehen Sie unter Integration? Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und Vorstellungen über das gesellschaftliche Alltagsverständnis

ASSIMILATIONSORIENTIERTES BEGRIFFSVERSTÄNDNIS	
Integration als Assimilation	
Ziel:	Vollständige Anpassung der Migrant:innen
Voraussetzungen:	Wille und Bemühen der Geflüchteten, sich an die ortsüblichen Regeln, Kultur, Werte etc. anzupassen; Spracherwerb; Arbeitsmarktintegration
Verantwortung:	Migrant:innen
Unsichtbare Migrant:innen	
Ziel:	Aufrechterhalten des gesellschaftlichen Friedens; geräuschlose Eingliederung
Voraussetzungen:	Ruhe und Ordnung im Ankunftsprozess; unauffälliges Verhalten im Alltag; Arbeitsmarktintegration
Verantwortung:	Migrant:innen
TEILHABEORIENTIERTES BEGRIFFSVERSTÄNDNIS	
Zusammenleben in Vielfalt	
Ziel:	Zugewanderte sind Teil der Gesellschaft
Voraussetzungen:	Offenheit; Toleranz; Grundgesetz als Wertebasis
Verantwortung:	Migrant:innen und Aufnahmegesellschaft
Integration als Inklusion	
Ziel:	Zugewanderte einbeziehen, so wie sie sind
Voraussetzungen:	Offenheit; Akzeptanz; Selbstreflexivität
Verantwortung:	Migrant:innen und Aufnahmegesellschaft
Integration als Soziale Teilhabe	
Ziel:	Prozess des aufeinander Zugehens, Arbeit an gemeinsamen Zielen
Voraussetzungen:	Interesse beider Seiten, aufeinander zuzugehen; Gegenseitige Offenheit; Betonung der Gemeinsamkeiten bei Akzeptanz der Unterschiede; Dialog auf Augenhöhe
Verantwortung:	Migrant:innen und Aufnahmegesellschaft
Postmigrantische Perspektive auf gesellschaftliche Vielfalt	
Ziel:	Zusammenleben in Vielfalt; Gemeinschaftsgefühl
Voraussetzungen:	Ermöglichen von Teilhabe; Erwerb interkultureller Kompetenz in der Aufnahmegesellschaft
Verantwortung:	Migrant:innen und Aufnahmegesellschaft

Quelle: Eigene Zusammenstellung

9.2 Wer ist zuständig? Die Perspektive der Bürgermeister:innen

Mit Blick auf das sozialräumliche Gefüge der Gemeinde muss zunächst betont werden, dass Migration nur eine von vielen gleichzeitig ablaufenden Entwicklungen ist. Konkret waren die aufnehmenden Gemeinden, mit denen wir als Forscherinnen zu tun hatten, konfrontiert mit der Bewältigung des demographischen Wandels und dem damit zusammenhängenden Bedarf an Fachkräften und Problemen mit der Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in der ländlichen Peripherie. Auch bereits vergangene, aktuelle oder für die nahe Zukunft erwartete industrielle Transformationsprozesse beschäftigten die Gemeinden, allen voran die Bürgermeister:innen, und rahmten dementsprechend auch deren Wahrnehmung auf die Aufgabe der Integration von Geflüchteten. Gerade in den ostdeutschen Gemeinden wurden zudem die Verschlechterung der öffentlichen Stimmung und die starke soziale Ungleichheit als Langzeitfolge der Transformationen der 1990er Jahre als Herausforderung angesprochen.

In der vergleichenden Betrachtung schälen sich drei Typen von Reaktionen aufseiten der Bürgermeister:innen heraus, die sich zwischen proaktivem Handeln und defensiv-passiven Reaktionen aufspannen. Die Mehrheit der von uns betrachteten Gemeindeoberhäupter lässt sich der Gruppe der proaktiv Handelnden zuordnen. Sie bekennen sich zu der Verantwortung der Kommune, für eine gute Aufnahme der Geflüchteten zu sorgen, die ihrer Gemeinde zugewiesen werden. Dabei ist ihnen bewusst, dass Bürgermeister:innen in der Gemeinde eine Vorbildfunktion einnehmen und als Motor von Veränderung agieren. So betont etwa Anton Jung*, Bürgermeister der niedersächsischen Kleinstadt Weglar*: »Wenn wir, die politisch Verantwortlichen, hier als Bedenenträger durch die Gegend laufen, dann kann die Integration ja nicht gelingen.«⁴ Die eigene konstruktive Haltung wird teils mit der historischen Verantwortung Deutschlands während der Zeit des Nationalsozialismus gerahmt, Schutzsuchende nicht abzuweisen. »Aus so einer Geschichte muss man ja lernen. Leute, das darf uns NIE wieder passieren!« findet der Bürgermeister der hessischen Kleinstadt Deutenbach*, Reinhard Kober*. Diesen Deutungsrahmen aktiviert er, um sich für einen teilhabeorientierten Umgang mit den Geflüchteten einzusetzen, die seiner Gemeinde zugewiesen werden: »Und das war ja ein *Branding*, was wir gesetzt haben nach außen, dass wir gesagt haben, das ist die Art, wie wir mit fremden Menschen bei uns umgehen wollen und haben ein sehr positives Bild gezeichnet«.⁵ Mehrere der proaktiven Bürgermeister:innen rekurrieren auf die lokale Migrationsgeschichte des Ortes, um die Aufnahme von Geflüchteten als Fortsetzung eines kontinuierlichen Entwicklungspfades zu rahmen: »Generell denke ich, dass wir gemeinsam mit anderen Kommunen an dem Punkt stehen, dass Flüchtlinge, dass es Migration immer schon gab, wir auch immer schon Migrantfamilien hier hatten«, findet etwa die Bürgermeisterin der Gemeinde Bad Körheim*, die während des Besuchs im Waldbad in Kapitel 8 bereits zu Wort kam. Weltoffenheit und Zugewandtheit werden

4 Interview mit Anton Jung* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Weglar* (Pseudonym) in Niedersachsen, April 2019.

5 Interview mit Reinhard Kober* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Deutenbach* (Pseudonym) in Hessen, April 2019.

vor diesem Hintergrund als kollektive Kernkompetenzen postuliert, die nicht nur in Bezug auf Geflüchtete sinnvoll sind:

Ich denke, wir können das, was wir für alle Bürger hier versuchen zu bieten, auch nur so öffnend und gastfreundlich allen anbieten, was hier ist. Und wir werben eben mit unseren Standortfaktoren und mit unseren sehr bescheidenen Mitteln, die wir haben. Wir sagen, wir sind gastfreundlich, wir sind weltoffen, so sehe ich uns.⁶

Proaktive Bürgermeister:innen nutzen ihre herausgehobene Rolle und ihre gute Vernetzung in die Zivilgesellschaft, um das bestehende integrative Potenzial der organisierten Zivilgesellschaft auf die Geflüchteten auszurichten. In der niedersächsischen Kleinstadt Trabsen* wird beispielsweise ein Runder Tisch mit allen relevanten Akteur:innen gegründet, aus dem heraus Koordinationsstrukturen für die Organisation der Integrationsaufgaben entstehen. Die Bürgermeisterin⁷ ist eine der Schlüsselpersonen, die die verschiedenen Akteur:innen zusammenbringt. Als sich ein Teil der Ehrenamtlichen als Verein institutionalisiert, um Fördergelder verwalten zu können, wird sie selbstverständlich Teil des Vorstands. Ein besonders markantes Charakteristikum dieses Typus an Stadtoberhäuptern ist auch ihr integrativer Blick auf die verschiedenen Herausforderungen der Gemeindeentwicklung. Innerhalb dieses Rahmens bemühen sich Bürgermeister:innen, Teilhabemöglichkeiten für Geflüchtete im Zusammenspiel mit Angeboten für die Gesamtgesellschaft zu schaffen.

Also ich würde jetzt einmal sagen, dafür arbeiten wir ja, dass wir so eine Region einfach werden, wo dann mehr Arbeitsplätze vorgehalten werden, auch für Bürger hier oder für junge Menschen vor allen Dingen, die ihre Schule abschließen und dann auch eine Perspektive hier kriegen. Und genau das Gleiche würde ich jetzt für Flüchtlinge gleicherweise sehen, dass man da auch eine Perspektive bietet. Das heißt, Arbeitsplätze vorzuhalten, breites Spektrum und dann natürlich Kindergärten. Die Sozialbetreuung, wenn ich an unsere Stadtjugendförderung denke, also das sind alles so Themenbereiche, wo man, glaube ich, ein gewisses Heimatgefühl generieren kann.⁸

Einen Gegenpol zu diesem proaktiven Typ des Gemeindeoberhauptes sind Bürgermeister:innen, die sich eher passiv zu den Teilhabeoptionen von Geflüchteten verhalten. Dabei wird die eigene Verantwortung für das Thema abgelehnt und auf die übergeordnete Regierungsebene der Landkreisverwaltung verwiesen. So findet Konrad Seitz*, Bürgermeister der Gemeinde Ronnersdorf* in Hessen:

Also wir sind jetzt nicht als Kommune in der Politik ständig unmittelbar mit dem Thema Betreuung von Flüchtlingen befasst. Weil es auch nicht unser Thema ist von der

6 Interview mit Cornelia Rauh* (Pseudonym), Bürgermeisterin der Gemeinde Bad Kortheim* (Pseudonym) in Niedersachsen, Januar 2019.

7 Zwar sind meine Forschungsdaten nicht repräsentativ, aber es ist doch auffällig, dass die befragten Frauen in kommunalen Führungspositionen im Vergleich zu den männlichen Amtsträgern überproportional häufig der proaktiven Akteursgruppe zuzurechnen sind!

8 Interview mit Tobias Baumann* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Kyra* (Pseudonym) in Hessen, März 2019.

Zuständigkeit. Wir waren zuständig durch die Vereinbarung. Der Kreis hat uns das zugeteilt, hat gesagt, okay, ihr müsst die Flüchtlinge unterbringen. Aber alles andere, was die Betreuung dieser Menschen anbelangt, liegt ja beim Sozialamt.⁹

Ein weiteres Charakteristikum des passiven Typus sind Zweifel, dass der ländlich-peripher Standort den Geflüchteten »Heimat bieten« könnte, wie es Bürgermeister Michael Bergmann* aus der sächsischen Kleinstadt Friedenau* formuliert:

Also ich könnte mir für uns hier nicht vorstellen, dass wir im großen Stil jetzt hier Zugänge von Asylbewerbern oder von ausländischen Menschen aus dem arabischen Raum oder ähnliches, Heimat werden können oder bieten können. Denke ich, das entspricht auch nicht denen ihren Vorstellungen oder Perspektiven, die sie jetzt hier haben.¹⁰

Infofern Geflüchtete sich längerfristig in der Gemeinde etablieren, läge das aus Sicht der passiv agierenden Gemeindeoberhäupter ausschließlich in der Verantwortung der Geflüchteten. Diese müssten individuelle Anstrengungen unternehmen, um sich soziale und ökonomische Teilhabe zu erarbeiten.

Es gibt welche, die möchten das und wenn sie das möchten, hier auch arbeitstechnisch ansässig werden, dann wird es auch Wege geben, wo das möglich ist. [...] Weil natürlich gehe ich davon aus, dass auch der Anspruch eines dann ausländischen Mitbürgers – ist ja kein Asylbewerber mehr – ist, sich selber irgendwo zu kümmern und einfach auch mehr zu haben als nur, in Anführungsstrichen, das Thema Hartz IV. Also ich will ja irgendwo dann doch etwas erreichen. Und wenn es da eine Arbeit gibt, dann wird es auch die Möglichkeit für Wohnungen geben, das denke ich schon. (Ebd.)

Die Integrationsaufgabe wird vollständig aufseiten der Geflüchteten gesehen. Das Erreichen wirtschaftlicher Eigenständigkeit und die Anpassung an die lokale Gesellschaft mit ihren Gepflogenheiten sind eher die Voraussetzung als das Ziel lokaler Integration. Dabei ist die eigene Rolle des Gemeindeoberhauptes eine passiv abwartende (»und wenn sie das möchten, [...], dann wird es auch Wege geben«).

Ein dritter Typus von Handlungsorientierungen liegt zwischen den beiden beschriebenen Extremen. Auch hier dominiert die eher passive Hinnahme der Zuweisung von Geflüchteten und der damit einhergehenden Verpflichtung, sich um deren Integration zu kümmern. Das eigene Handeln bewegt sich vorrangig im Rahmen des üblichen Verwaltungshandelns mit seinen versäulten Zuständigkeiten. Handlungsansätze in Bezug auf die Teilhabe Geflüchteter werden eher situativ als strategisch ausgerichtet, wie Robert Stemmler*, Bürgermeister von Ehrsfeld* in Bayern, erklärt:

Überall da wo halt ein Problem aufgetaucht ist, hat man halt dann eine Lösung erarbeitet. Wir haben also nicht jetzt extra irgendjemand, wo man sagt, so wie Behinder-

⁹ Interview mit Konrad Seitz* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Ronnersdorf* (Pseudonym) in Hessen, März 2019.

¹⁰ Interview mit Michael Bergmann* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Friedenau* (Pseudonym) in Sachsen, März 2019.

tenbeauftragte, gibt es einen Integrationsbeauftragten im Rathaus oder so, sondern es schlägt da in verschiedenen Ämtern auf, das Thema, und das bespricht man halt dann in der Amtsleiterrunde.¹¹

Die eigentliche Arbeit der sozialen Integration wird in der Verantwortung der engagierten Zivilgesellschaft sowie bei caritativen Institutionen und Vereinen gesehen. Deren Arbeit wird in den entsprechenden Austauschrunden zur Kenntnis genommen, aber es entsteht keine konstruktive Diskussion über die Ziele und Ausrichtung der Integrationsarbeit:

Organisierter Austausch ist jetzt da nicht vorhanden. Das ganze Thema Integration ist insofern jetzt ein Austausch, weil jetzt ein Integrationslotse da ist, der sich auf der Bürgermeisterdienstversammlung oder in der Kreistagssitzung seine Arbeit präsentiert. Aber dass jetzt darüber hinaus interkommunal nochmal eine Ebene entsteht, wo man sagt: Du hast doch auch eine CU¹², wie läuft das bei Dir? Das ist eigentlich nicht der Fall, weil sich die Kirchen darum angenommen haben. Weil wenn sich die kirchlichen Gruppierungen nicht darum angenommen hätten, dann hätte es der Bürgermeister auf der To-Do-Liste drauf. Und so können wir uns sehr angenehm zurücklehnen, weil diesen Großteil der Arbeit eigentlich die kirchlichen Einrichtungen übernehmen.¹³

Rüdiger Kahn*, Bürgermeister der fränkischen Landgemeinde Berglach*, schaltet sich lediglich situativ in das Thema ein. Nachdem er in der Anfangsphase der Geflüchtetenaufnahme aktiv die Bevölkerung eingestimmt und die Förderung der Netzwerkarbeit vorangetrieben hat, verlässt er sich jetzt auf die Tätigkeit der Zivilgesellschaft. Seine Aufgabenvielfalt als Bürgermeister erlaube kein aktiveres Engagement, und das sei auch nicht nötig:

Ich muss dann aber auch einfach sagen, im Rahmen dieses Amtes habe ich ja nicht nur das. Ich habe mich dann ein wenig zurückgezogen, das ist gelaufen. [...] Ansprechpartner bin nach wie vor in der Gemeinde ich. Wenn sie ein Problem haben, dann läuft es über mich. Dann schaue ich, dass ich helfen kann.

Diese divergierenden Auffassungen geben bereits erste Hinweise auf die Vielfalt von Handlungsansätzen und die Intensität des Engagements vor Ort, wenn es darum geht, das Ankommen und Bleiben der Geflüchteten zu gestalten. Natürlich sind die Bürgermeister:innen nur eine Akteursgruppe in dem Gesamtpaket von Aufnahmefaktoren, aber eine besonders wichtige. Die Politikwissenschaftler:innen Christin Youndo und Hannes Schammann heben die transformative Funktion von Schlüsselpersonen wie Bürgermeister:innen hervor. Denn diese haben die Handlungsmacht, die vorhandenen strukturellen Ressourcen einer Gemeinde konstruktiv zum Einsatz zu bringen, oder

¹¹ Interview mit Robert Stemmler* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Ehrsfeld* (Pseudonym) in Bayern, Februar 2019.

¹² Gemeinschaftsunterkunft

¹³ Interview mit Armin Kallert* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Rodegast* (Pseudonym) in Bayern, Januar 2019.

auch »eine gute Ausgangslage ungenutzt zu lassen« (Younso/Schammann 2023: 77). Für den Landrat Harald Uhlig* ist der Bürgermeister an dieser Stelle »wie der Dirigent. Und wenn er den Einsatz eben falsch anzeigt, dann ist die Musik keine gute. Und ähnlich ist das bei diesen Dingen auch.«¹⁴

Im Modell lokaler Rezeptivität, das ich in Kapitel 6 vorgestellt habe, wird der Unterschied zwischen vorhandenen Ressourcen und ihrem Einsatz für die Integrationsaufgabe systematisiert. Dabei habe ich drei Faktorenbündel identifiziert, die eine zentrale Rolle spielen: die infrastrukturellen Gegebenheiten, das Agieren von Politik und Verwaltung, und die Einstellungen und Aktivitäten der Aufnahmegergesellschaft und der engagierten Zivilgesellschaft. Unsere Forschungen zeigen, wie wichtig es ist, diese Bereiche nicht voneinander entkoppelt, sondern im Gesamtzusammenhang zu sehen, und dabei auch den breiteren Kontext wie etwa das politische Klima und übergeordnete Diskurse zum Thema Geflüchtetenaufnahme zu berücksichtigen.¹⁵ Das werde ich im Folgenden anhand dreier lokaler Fallbeispiele vertiefen. Jedes steht exemplarisch für einen der soeben herausgearbeiteten Typen von bürgermeisterlichen Handlungsorientierungen. Anhand des Umgangs mit den Geflüchteten und den lokalen Aushandlungen von Teilhabe zeigen sich ganz unterschiedliche Schwerpunkte der Integration, die sich mit der Gesamtkonstitution der Gemeinde erklären lassen. In der Gemeinde Trabsen* – deren Bürgermeisterin dem proaktiven Typus angehört – liegt der Fokus auf dem Ermöglichen sozialer Teilhabe. In der Gemeinde Ehrsfeld* – mit einem indifferent agierenden Bürgermeister – geht es vor allem um die Integration in den Arbeitsmarkt. In Friedenau*, dessen Bürgermeister dem passiv-defensiven Typus zugeordnet werden kann, dominiert die Reibung zwischen den konkreten Integrationsbedürfnissen der Geflüchteten und dem skeptischen bis feindseligen öffentlichen Diskurs in der Region, dem sich auch die handelnden Akteur:innen nicht entziehen können. Diese drei Gemeindeporträts und die dort verhandelten Themen sind keinesfalls erschöpfend, aber sie zeigen exemplarisch, welche Bandbreite das Thema Geflüchtetenaufnahme in den Jahren nach 2015 in den Städten und Gemeinden Deutschlands entfaltete.

9.3 Integration und Teilhabe gestalten: Drei Gemeindeporträts

Die drei Kleinstädte Trabsen* im südlichen Niedersachsen, Ehrsfeld* in Mittelfranken und Friedenau* in der sächsischen Lausitz liegen im ländlichen Raum und sind gekennzeichnet durch dünne Besiedlung, was auch eine prägende Rahmenbedingung für die Aufnahme von Geflüchteten ist. Als Forscherin in derartigen Regionen ist man vor allem viel auf Achse. Denn die relevanten Akteur:innen sitzen nicht alle an einem Ort: Die Ausländerbehörde als Ansprechpartnerin für aufenthaltsrechtliche Fragen ist in der Kreisstadt angesiedelt, ebenso wie das Jobcenter und andere relevante Ämter, wie etwa das Gesundheits- oder das Sozialamt. Auch Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die zum Beispiel Deutschkurse anbieten, finden sich vorwiegend in den Kreisstädten. Bei

14 Interview mit Harald Uhlig* (Pseudonym), Landrat des Landkreises Bautzen, März 2019.

15 Ergebnisse unserer Forschung zur lokalen Rezeptivität finden sich beispielsweise in Glorius/Bürer/Schneider 2021 und Glorius 2023.

den Bildungseinrichtungen findet man Kindertagesstätten und Grundschulen in relativ vielen Orten, weiterführende Schulen eher nicht. Geflüchtete, die im ländlichen Raum angesiedelt werden, sind notwendigerweise auch sehr viel auf Achse, ebenso wie Ehrenamtliche, die sie unterstützen, oder auch hauptamtliche Sozialarbeiter:innen.

Tabelle 9.2 vermittelt einige Überblicksdaten zu den drei Regionen, denen die Fallstudiengemeinden zugeordnet sind. Markante Unterschiede sind in der demographischen Struktur auszumachen, mit einem relativ hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen sowie Bevölkerung im Erwerbsalter im mittelfränkischen Landkreis im Vergleich zu den anderen beiden Landkreisen. In der sächsischen Lausitz zeigt sich ein vergleichsweise niedriger Ausländeranteil. Hinsichtlich der Wirtschaftslage fällt das deutlich höhere einwohnerbezogene Bruttoinlandsprodukt in den beiden westdeutschen Landkreisen im Vergleich zur sächsischen Lausitz auf. Die Arbeitslosenquote ist insgesamt niedrig, wobei der mittelfränkische Landkreis hier mit einer besonders niedrigen Quote, vor allem auch bei den Langzeitarbeitslosen, hervorsticht. Die politische Grundhaltung in den drei Regionen – hier abgebildet durch die Stimmanteile der anteilig stärksten Parteien bei der im Untersuchungszeitraum abgehaltenen Kreistagswahl – ist äußerst unterschiedlich: Während die mittelfränkische Region mit den hohen Stimmanteilen für CSU, Freie Wähler und Grüne eine konservativ-heimatverbundene Haltung zeigt (auch der Landrat und der Bürgermeister von Ehrsfeld* gehören der CSU an), besitzt Südniedersachsen eine starke sozialdemokratische Basis, gepaart mit konservativ-liberalen Haltungen. Landrätin und Bürgermeisterin der Fallstudienkommune Trabsen* gehören der SPD an. In der sächsischen Lausitz zeigt sich ein für den Osten Deutschlands recht typisches Bild mit einem hohen Stimmanteil für die AfD, fast gleichauf mit Stimmen für die CDU (der auch der Landrat angehört, während der Bürgermeister von Friedenau* parteilos ist) sowie einem signifikanten Zuspruch für die Linkspartei. Dieses Wähler:innenbild lässt sich am ehesten als nationalkonservativ bezeichnen.

Tab. 9.2: Regionale Kennziffern zu Untersuchungsregionen im südlichen Niedersachsen, Mittelfranken und in der sächsischen Lausitz

	Region Südliches Niedersachsen (Landkreis Northeim)	Region Mittelfranken (Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim)	Region Sächsische Lausitz (Landkreis Bautzen)
Fläche, in km ²	1.268	1.267	2.395
Einwohner:innen (2021)	131.765	101.788	296.290
Altersgruppen, in % (2020)			
unter 18 Jahre	15,2	16,8	16,2
18 bis unter 65 Jahre	58,9	61,8	55,6
65 Jahre und älter	25,9	21,4	28,2
Anteil Ausländer:innen, in % (2019)	6,3	8,7	2,1

Anzahl Asylsuchende (2019) (Anteil an Gesamtbev. in %)	2.880 (2,19)	1.200 (1,18)	2.365 (0,80)
BIP je Einwohner:in (2019)	29.592 EUR	29.307 EUR	25.973 EUR
Arbeitslosenquote, in % (2020) (darunter Langzeitarbeitslose, in %)	5,4 (43,1)	2,3 (26,3)	5,4 (44,2)
Stärkste Parteien Kreistag, Anteil Wählerstimmen in %	2021: SPD: 39,9 CDU: 25,9 FDP: 11,6	2020: CSU: 38,7 FWG: 15,3 Grüne: 13,5	2019: AfD: 29,4 CDU: 29,1 Linke: 10,9

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter

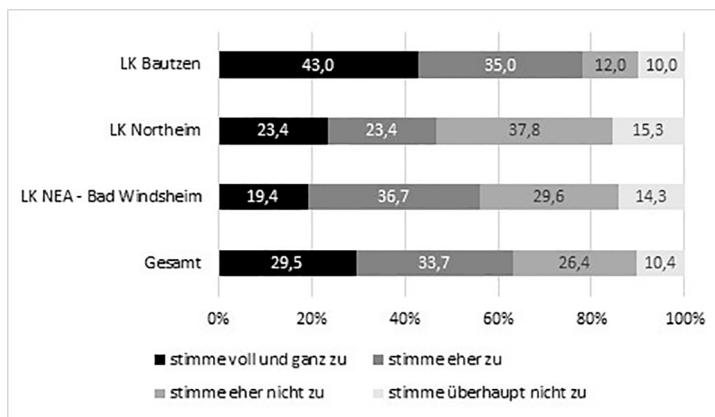
Für einen vergleichenden Blick in die Befindlichkeiten der Aufnahmegerügschaft verwende ich Daten aus einer repräsentativ angelegten Bevölkerungsbefragung, die wir 2019 im Rahmen unserer Forschung durchgeführt haben. Insgesamt 4.000 Haushalte in unseren ländlichen Untersuchungsgebieten waren einbezogen. Wir erkundeten nicht nur die Einstellungen gegenüber Zuwanderung, Diversität und der Aufnahme von Geflüchteten, sondern stellten auch Fragen zur persönlichen Lage und der Lebenszufriedenheit an den ländlichen Wohnstandorten. Die Daten werden aggregiert auf Ebene der Landkreise dargestellt.¹⁶ Die eher auf die allgemeine Migrationspolitik fokussierende Aussage »Es leben zu viele Geflüchtete in Deutschland« wird nur im Landkreis Northeim mehrheitlich abgelehnt, während im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim eine kleine Mehrheit und im Landkreis Bautzen eine große Mehrheit dieser Aussage ganz oder teilweise zustimmt (Abb. 9.1). Die auf gleichberechtigte Teilhabe orientierte These »Wir sollten die in Deutschland lebenden Ausländer an unserem Leben teilhaben lassen« erhielt in allen drei Landkreisen ein überwiegend positives Votum, allerdings fiel die uneingeschränkte Zustimmung im Landkreis Bautzen wesentlich geringer aus als in den beiden anderen Landkreisen (Abb. 9.2). Während die Aussage »Geflüchtete benötigen Unterstützung bei der Integration durch die Zivilgesellschaft« in allen drei Landkreisen eine starke Zustimmung fand (Abb. 9.3), zeigte sich bei der Aussage »Es ist gut, sich für Geflüchtete zu engagieren« wiederum eine wesentlich verhaltenere Zustimmung im Landkreis Bautzen im Vergleich zu den beiden anderen Landkreisen (Abb. 9.4).¹⁷ Diese Ergebnisse liefern erste Hinweise auf das allgemeine Klima, innerhalb dessen die Geflüchteten aufnahme vor Ort verhandelt wird. Angesichts der erheblichen Diskrepanzen zwischen den Landkreisen Northeim und Neustadt/Aisch-Bad Windsheim einerseits und dem Landkreis Bautzen andererseits kann vermutet werden, dass

16 Für die schriftliche Umfrage wurde eine Zufallsstichprobe von 4.000 Personen aus der Gesamtbevölkerung unserer Untersuchungsregionen gezogen, von denen sich 908 beteiligten. Der Fragebogen umfasste Fragen zur Wohnzufriedenheit, zur Qualität von Nachbarschaftsbeziehungen, zu wahrgenommenen Problemen auf lokaler Ebene sowie Einstellungen gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten. Die Befragung wurde im März/April 2019 durchgeführt und erzielte eine Rücklaufquote von 23 %.

17 Eine umfassende Darstellung der Befragungsergebnisse für alle Untersuchungsregionen findet sich in Schneider/Bürer/Glorius 2021.

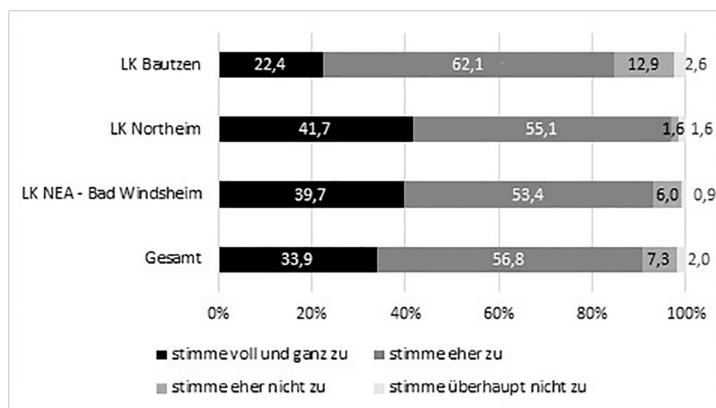
das allgemeine Integrationsklima in der Gemeinde Friedenau* kälter ausfällt als in den Gemeinden Trabsen* und Ehrenfeld*.

Abb. 9.1: »Es leben zu viele Geflüchtete in Deutschland«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben)



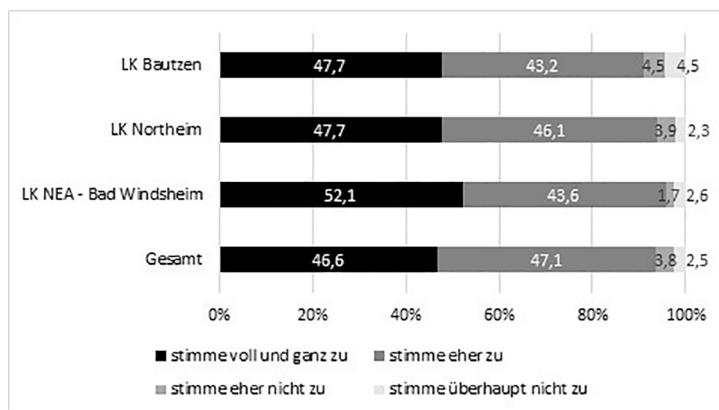
Quelle: Eigene Darstellungen; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, n (Gesamt) = 769

Abb. 9.2: »Wir sollten die in Deutschland lebenden Ausländer an unserem Leben teilhaben lassen«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben)



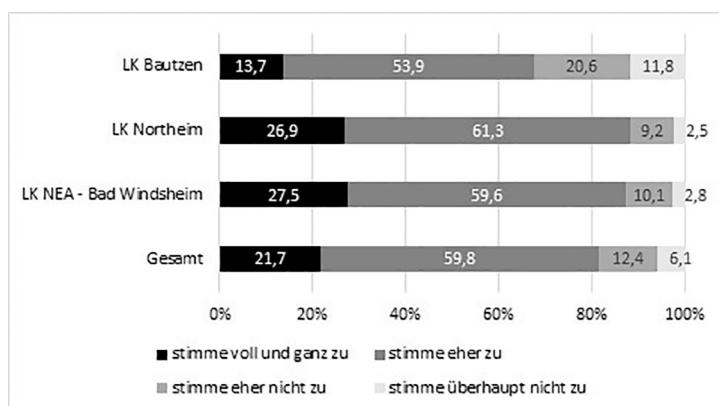
Quelle: Eigene Darstellungen; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, n (Gesamt) = 850

Abb. 9.3: »Geflüchtete benötigen Unterstützung bei der Integration durch die Zivilgesellschaft«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben)



Quelle: Eigene Darstellungen; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, n (Gesamt) = 843

Abb. 9.4: »Es ist gut, sich für Geflüchtete zu engagieren«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben)



Quelle: Eigene Darstellungen; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, n (Gesamt) = 784

In unserer Erhebung wurden auch Einschätzungen zur ökonomischen Situation abgefragt. Zunächst baten wir die Befragten, die wirtschaftliche Lage Deutschlands sowie ihre persönliche wirtschaftliche Lage auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut) einzuschätzen (Tab. 9.3). Am positivsten schätzten Befragte im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim sowohl ihre persönliche Lage als auch die Lage in Deutschland ein. Die Befragten in den beiden anderen Landkreisen beurteilten die wirtschaftliche Lage etwas pessimistischer. Interessant ist hier, dass Befragte im Landkreis Bautzen ihre

eigene Lage etwas besser beurteilen als die Lage in Deutschland. Es lässt sich insgesamt festhalten, dass die wirtschaftliche Lageeinschätzung keine Hinweise auf objektive oder subjektive Deprivationserfahrungen (vgl. Kap. 6) liefert.

Tab. 9.3: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und der eigenen wirtschaftlichen Lage, Mittelwerte nach Landkreisen (von 1 = »sehr schlecht« bis 5 = »sehr gut«)

	Wirtschaftliche Lage in Deutschland	Persönliche wirtschaftliche Lage
Landkreis Bautzen	3,54	3,64
Landkreis Northeim	3,63	3,63
Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim	3,82	3,75
Gesamt	3,68	3,70

Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, N Gesamt = 798

Als nächstes baten wir die Befragten in einer offenen Frage, die drei wichtigsten Probleme in Deutschland zu benennen. Dabei dominierte im Landkreis Bautzen das Themenfeld ›Ausländer, Zuwanderung‹, gefolgt von ›Sozialer Ungleichheit‹ und dem ›Zustand der Politik‹. In den Landkreisen Neustadt/Aisch-Bad Windsheim und Northeim dominierten die Themen ›Natur, Umwelt, Klima‹, ›Soziale Ungleichheit‹ sowie ›Rente, Altersarmut‹. Das Thema ›Zuwanderung‹ wurde dort nicht als dominante Problematik für die Bundesrepublik gesehen. Wichtig ist, den Blick auf die allgemeine Lage mit dem Blick auf die persönliche Lage zu verknüpfen. Darum baten wir die Befragten in einer weiteren offenen Frage, die drei für sie persönlich drängendsten Probleme zu benennen. Hier dominierten in allen drei Landkreisen Sorgen um ›Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung‹ sowie ›Rente, Altersarmut‹. Erst an dritter Stelle divergierten die Sorgen hin zu ›Natur, Umwelt, Klima‹ bzw. ›Zukunftssorgen‹. Sorgen hinsichtlich der Zuwanderung nahmen hingegen keine Spitzenposition in der persönlichen Problemwahrnehmung ein (Tab. 9.4).

Der Fokus auf ›Natur, Umwelt, Klima‹ scheint erkläруngsbedürftig. Wir vermuten einen Echoeffekt aus dem öffentlichen Diskurs, denn im Zeitraum unserer Befragung im Frühjahr 2019 gab es viele Aktivitäten der Gruppe ›Fridays for Future‹, so dass Umwelt- und Klimathemen häufig im medialen Diskurs auftauchten. Auch Debatten um die Energiewende fanden vor und während unserer Befragung starken Niederschlag in den Medien. Es ist nicht verwunderlich, dass unter unseren ländlich wohnenden Befragten diese Themen besondere Aufmerksamkeit erzielen, denn die Energiewende mit dem Ausbau erneuerbarer Energien wird vor allem die Gestalt ländlicher Regionen verändern. Insgesamt zeigt die Rubrik ›Natur, Umwelt, Klima‹ eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen und auch regional differenzierten Problembenennungen, wie etwa Sorge um das Erreichen der Klimaschutzziele, Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Artensterben, Flächenfraß, Schäden durch die konventionelle Landwirtschaft oder auch

die Ausbreitung des Wolfs (vgl. Schneider/Bürer/Glorius 2021). Die öffentliche Debatte um Zuwanderung und Asyl hingegen befand sich im Jahr 2019 auf einem relativ niedrigen Stand, nachdem in den Jahren 2015 und im ersten Halbjahr 2016 das Thema die Medienberichterstattung klar dominiert hatte (vgl. Kap. 6).¹⁸

Tab. 9.4: Wichtigste Probleme in Deutschland und wichtigste persönliche Probleme, häufigste Nennungen

	Häufigste Nennung	Zweithäufigste Nennung	Dritthäufigste Nennung
Landkreis Bautzen			
Deutschland	Ausländer, Zuwanderung	Soziale Ungleichheit	Zustand der Politik
persönlich	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Zukunftssorgen
Landkreis Northeim			
Deutschland	Natur, Umwelt, Klima	Soziale Ungleichheit	Rente, Altersarmut
persönlich	Rente, Altersarmut	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Natur, Umwelt, Klima
Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim			
Deutschland	Natur, Umwelt, Klima	Rente, Altersarmut	Soziale Ungleichheit
persönlich	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Natur, Umwelt, Klima
Gesamt			
Deutschland	Rente, Altersarmut	Natur, Umwelt, Klima	Ausländer, Zuwanderung
persönlich	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Zukunftssorgen

Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019

Die hier ermittelte Problematikulation ist dahingehend weniger beeinflusst vom medialen Diskurs und bietet damit einen authentischen Blick auf die unmittelbaren Probleme einer ländlichen Bevölkerung mit einem relativ hohen Anteil an Menschen im

18 Den starken Rückgang der Berichterstattung zu den Themen Flucht, Asyl und Integration fand ich auch in einer Analyse lokaler Zeitungsberichterstattung in den Untersuchungsgebieten. Von den insgesamt 1.291 Artikeln, die in den Jahren 2015 bis 2019 zu dem Themenfeld veröffentlicht wurden, waren 60 % in den Jahren 2015 und 2016 erschienen. In den Jahren 2017, 2018 und 2019 wurde die Berichterstattung fortlaufend weniger (vgl. Glorius 2022: 8).

mittleren und höheren Lebensalter. Vor diesem Hintergrund wird auch der starke Fokus auf Themen wie Ärztliche Versorgung oder Rente verständlich.

9.3.1 Trabsen*: Offenheit als Grundvoraussetzung

Trabsen* ist eine Kleinstadt mit knapp 7.000 Einwohner:innen im südlichen Niedersachsen. Rund 80 Geflüchtete in verschiedenen Anerkennungsstufen leben 2019 im Ort. Sie werden durch die Ausländerbehörde des Landkreises zugewiesen und untergebracht. Die Bewohner:innen von Trabsen* erfahren oft nur zufällig, dass Geflüchtete eingetroffen sind, die möglicherweise Unterstützung benötigen. Der evangelische Pfarrer Michael Hausmann* kann sich noch gut erinnern, wie er 2014 die erste ›Fremde‹ auf der Straße traf, eine junge Eritreerin mit einem Kleinkind auf dem Arm: »Wir haben die dann eingeladen, auch zu uns nach Hause und so, einfach damit die überhaupt erstmal so ein bisschen Leben kennenlernen hier in Deutschland, und überhaupt erstmal ein bisschen Kontakt kriegten.«¹⁹ Aus dieser ersten Zufallsbegegnung entwickelt sich eine intensive und nachhaltige Freundschaft, die insbesondere über die Kinder beider Familien etabliert wird. Der Pfarrer führt ein offenes Haus, und so trifft die eritreische Familie bei ihren Besuchen immer wieder auf Freunde und Bekannte der Pfarrersfamilie und kann weitere Kontakte knüpfen. Im Laufe des Jahres treffen immer wieder Geflüchtete in Trabsen* ein, und Michael Hausmann* wird manches Mal von der Landeserstaufnahmeeinrichtung Friedland angerufen und gebeten, nach den Neuen zu sehen. Er trifft die Familien in teils völlig heruntergekommenen Wohnungen an. Aufgrund des großen Bedarfs habe der Landkreis alles »angemietet, was nur anzumieten war und das war zum Teil wirklich Problemwohnraum«, meint Bürgermeisterin Katrin Lange*, oft mit völlig maroden Installationen für Wärme- und Stromversorgung, wie Reinhard Maurer* vom lokalen Flüchtlingshilfeverein ergänzt.

Der Pfarrer Michael Hausmann* berichtet in seinem großen Freundeskreis und im Gemeindevorstand von der Ankunft der Geflüchteten und es entsteht der Wunsch, ihnen beim Einleben behilflich zu sein. Gezielt wird in den eigenen Netzwerken für Beteiligung geworben. Die Bürgermeisterin Katrin Lange* erinnert an die Gründung des Runden Tischs:

Es hat sich dann ein Kreis etwa gebildet, von 50 bis 60 Personen, die da regelmäßig oder eben auch unregelmäßiger daran teilgenommen haben, die tatsächlich dann aus allen Ortschaften stammten, in denen Geflüchtete wohnten und es haben sich Patenschaften gebildet, in allen Ortschaften und dann gab es einen Kern aus Stadt und Kirchengemeinden und so fünf, sechs, sieben aktiven Menschen, die sich dann erstmal um diese Koordination gekümmert haben.²⁰

Anfangs ist wenig über die Lebenslage der Geflüchteten bekannt und darüber, wer für die verschiedenen Bedarfe eigentlich zuständig ist. Auf Landkreisebene werden erst im

¹⁹ Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), Pfarrer und ehrenamtlich Engagierter in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

²⁰ Interview mit Katrin Lange* (Pseudonym), Bürgermeisterin von Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

Laufe des Jahres Koordinationsstrukturen eingerichtet, und auch Integrationskurse des BAMF benötigen eine monatelange Anlaufzeit. Die Ehrenamtlichen wollen aber nicht abwarten, bis die Lage klarer war, sondern werden umgehend aktiv: »Das war am Anfang, als wir angefangen haben im November, haben wir die Geflüchteten alle eingeladen, mit dem Dolmetscher«, berichtet Regina Harmsen*:

Ich habe einfach an der Haustür geklingelt, da kannte keiner keinen. Und dann haben wir ein Treffen gehabt, wo wir gefragt haben, was ist Euer größtes Problem? Sprache! Und dann haben wir von der Kolpings-Familie über die Grundschullehrerin ein Sprachangebot [organisiert], das wurde so gut angenommen, dass wir aus dem Pfarrheim in die Grundschule [umgezogen sind]. Ich glaube vier Räume hat uns die Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Grundschullehrerin wiederum hat andere ehemalige Grundschullehrerinnen angesprochen, und das war das erste Sprachangebot.²¹

Damit alle Geflüchteten teilnehmen können, sorgen die Ehrenamtlichen für Kinderbetreuung. Das Angebot wird sehr rege wahrgenommen und auch weitergeführt, als in der Kreisstadt die »offiziellen« BAMF-Integrationskurse angeboten werden – denn für die jungen Mütter unter den Geflüchteten sind diese Kurse ohne Kinderbetreuung keine Option. Dass die Gruppe gleich zur Sache ging, erklärt Regina Harmsen* auch mit den Strukturen im ländlichen Raum, die stets viel zivilgesellschaftliche Eigenarbeit benötigen. Sie seien daran gewöhnt und könnten auf diese Weise auch sehr autonom agieren, so »dass da nicht oben wer ist, der sagt, was wir zu tun haben oder wo wir uns rückversichern müssen, sondern wir sind es gewohnt, uns selbst einfach zu organisieren« (ebd.).

Der Helferkreis gründet einen Verein, um die vielen Ideen der Gruppe zu koordinieren und vor allem, um die Fördermittel zu verwalten, die sie aus verschiedensten Quellen einwerben. Viele Vereinsaktivitäten richten sich darauf aus, die vor Ort fehlenden Strukturen zu kompensieren. So werden Arztfahrten für die Geflüchteten und wöchentliche Fahrten zur Tafel in die Kreisstadt durchgeführt. Es wird ein Darlehensfonds eingerichtet, aus dem Geflüchtete Kleinbeträge leihen können, um Anschaffungen zu finanzieren. Der Verein beteiligt sich am Erwerb der Fahrerlaubnis, die in der ländlichen Region so notwendig ist, um Mobilität zu gewährleisten. Die Ehrenamtlichen leisten Hilfe und Vermittlungsarbeit bei der Wohnungssuche, beim Suchen von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und bei Behördengängen. Zudem werden Patenschaften gebildet, um die soziale Begegnung zu vertiefen. Eine Vielzahl von Gemeinschaftsaktivitäten wird erdacht und durchgeführt, alles unterstützt durch die akquirierten Fördermittel: Ausflüge in einen Tierpark, ein Familienwochenende in einer kirchlichen Begegnungseinrichtung, Koch- und Spieleabende. Die gemeinsamen Aktivitäten und das Engagement im Verein fördern die allgemeine soziale Integration, auch unter den Ehrenamtlichen selbst:

Dieser Pool an Leuten, der sich da zusammengefunden hat, der HARMONIERTE einfach auch, die hatten LUST zusammen was zu machen, genau. Es war im Grunde genommen so ein NEU ENTWICKELTER Freundeskreis, also der größer wurde, weil neue Leute dazu kamen. Und das Tolle eben, dass dieser neue, erweiterte, größere deutsche

21 Interview mit Regina Harmsen* (Pseudonym), ehem. Vorsitzende des Flüchtlingshilfevereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

Freundeskreis sich eben dann wie gesagt NOCHMAL erweiterte durch die Geflüchteten, die mit dazukamen.²²

Der Ort hat durch die Aufnahme der Geflüchteten an sozialen Infrastrukturen hinzugewonnen. Kleider- und Möbelspenden werden nun in einem Second-Hand-Kaufhaus verkauft, das allen offensteht. Das Begegnungscafé, das zunächst vor allem ein Beratungsort für Geflüchtete war, hat sich zum internationalen Frauencafé gewandelt, in dem interkulturelle Aktivitäten für Frauen und Mütter organisiert werden. Über einen kirchlichen Förderfonds kann ein interkulturelles Theaterprojekt finanziert werden, in dem Menschen aus dem Ort mit und ohne Fluchthintergrund jedes Jahr eine Inszenierung einstudieren. Das Projekt wird professionell theaterpädagogisch begleitet und erregt auch überregional Aufmerksamkeit. Auch die religiösen Infrastrukturen des Ortes stehen den Geflüchteten offen. Mehrere Kinder aus muslimischen Flüchtlingsfamilien singen im Kinderchor mit, beteiligen sich am Krippenspiel oder bei den Sternsingern. Dass es so wenig interreligiöse Berührungsängste gibt, wird übereinstimmend der offenen Haltung des örtlichen Pfarrers zugeschrieben, der neben der Bürgermeisterin eine wichtige Schlüsselperson in Trabsen* ist. Schlüsselpersonen, so die Meinung mehrerer Akteur:innen, würden sich nicht nur durch ihre zentrale Position auszeichnen, durch die sie Zugriff auf ein großes Akteursnetzwerk haben. Damit dieses soziale Kapital wirksam wird, bedarf es Wertschätzung und Vertrauen: »Ich glaube DAS macht sie dann auch zu Schlüsselpersonen, dass sie im Grunde genommen eben die Möglichkeit haben, durch das ihnen entgegengebrachte Vertrauen Hebel in Bewegung zu setzen.«²³ Diese Beschreibung deckt sich mit den Überlegungen David Radfords zu *transversal enablers*, die ich bereits im vorigen Kapitel andiskutiert habe. David Radford erkannte in seinen Studien an australischen Ankunftsorten, dass *transversal enablers* nicht nur Personen in Funktionsrollen sind, sondern dass im Grunde jeder und jede diese Rolle einnehmen kann, um soziale Brücken zwischen Ankommenden und Aufnahmegerütschaft zu bauen. Dieser Befund wird von einem Trabsener* Schlüsselakteur bestätigt, als er darüber berichtet, wie die verschiedenen sozialen Aktivitäten in Trabsen* im Freundeskreis entwickelt wurden: »Aber der zweite Punkt ist einfach, man muss Freude daran haben und muss sich ein bisschen reinarbeiten, muss Ideen haben, ein paar Leute dazu gewinnen, und dann kann JEDER sich bei JEGLICHER Aktion an die Spitze stellen, sag ich mal.«²⁴ Daneben bedarf es einer grundsätzlichen Haltung im sozialen Umgang: »Gut, und eine Offenheit für Menschen, sicher auch Hilfsbereitschaft, also gewisse Dinge müssen als Grundvoraussetzung sicher da sein.« (Ebd.)

Inzwischen waren auch in der Landkreisverwaltung Strukturen gebildet worden, um die Geflüchteten zu betreuen. In der Ausländerbehörde wurden vier Stellen für Flüchtlingssozialarbeit geschaffen. Daneben wurden Stellen für die Koordination von Sprach-

22 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), Pfarrer und ehrenamtlich Engagierter in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

23 Interview mit Susanne Gartke* (Pseudonym), Bildungskoordination für Neuzugewanderte, November 2019.

24 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), Pfarrer und ehrenamtlich Engagierter in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

förder- und Bildungsangeboten eingerichtet, die ab 2015 exponentiell zunahmen. Dies sei auch bitter nötig, um die Integrationsmaßnahmen angesichts der Vielzahl an institutionellen Akteuren und Förderprogrammen zu koordinieren, meint der Leiter des kommunalen Jobcenters Werner Lorenz*: »Das ist wirklich eine Katastrophe und man merkt halt, dass dieses wenig verzahnte Arbeiten tatsächlich ein echtes Problem darstellen. Dadurch werden die Dinge extrem verzögert.«²⁵ Sowohl die Bildungsangebote als auch die koordinativen Stellen werden aus Projektmitteln finanziert und sind damit zeitlich befristet. Der Landkreis ist verschuldet und muss sparen. Damit ist eine nachhaltig gute Ausstattung von Integrationsaufgaben, die zu den freiwilligen Selbstaufgaben einer Kommune gehören, eher nicht realistisch. Auch aus diesem Grund ist man seitens des Landkreises sehr froh, dass sich in Trabsen* so eine engagierte Zivilgesellschaft aufgestellt hat. Zwar gibt es in den Jahren 2015 und 2016 reichlich Fördermittel zur Unterstützung der Integrationsarbeit, doch deren Nutzung ist teilweise durch die Verwendungsvorschriften stark reglementiert und auch nicht immer passgenau für die Bedürfnisse vor Ort. Landrätin Sabine Reuter* würde es daher begrüßen, »den Kommunen vor Ort pauschal Mittel zur Verfügung zu stellen, die für Flüchtlingsarbeit dann verwendet werden«.²⁶ »Dort würden sie auch am effektivsten eingesetzt werden können«, ergänzt Christian Vogel*, Leiter der Fachabteilung Migration und Integration im Landratsamt. »Das muss man vor Ort machen. Aber da haben wir weder eine Befugnis, noch haben wir die finanziellen Mittel. Da sollte man mehr auf die Kommune herunterbrechen, aber auch mit den Ressourcen, die man dann dazu braucht, dass die von oben nach unten weitergegeben werden an uns.«²⁷

Schwierig gestaltet sich die Förderung des Arbeitsmarktzugangs für Geflüchtete. Als größte Probleme werden mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Qualifikationen betrachtet, aber auch der Unwillen der Arbeitgeber:innen, sich auf Geflüchtete als Arbeitskräfte einzulassen. Auch hier scheint es anfangs keine geeigneten Strukturen zu geben, um Geflüchtete und Arbeitgeber adäquat durch die verschiedenen Schritte bis hin zur Arbeitsaufnahme zu begleiten. Reinhard Maurer* vom lokalen Flüchtlingshilfeverein erinnert sich an eine der ersten Jobbörsen im Landkreis: »Und dann steht ein Handwerksmeister auf und sagt, ›Ja, ich brauche den, aber der hat keinen Führerschein, keine Arbeitserlaubnis, nein, kann ich nicht gebrauchen.‹ Also diese Veranstaltung, fand ich, war ja, nicht nur umsonst, sondern vergebens.«²⁸

Den Beteiligten ist klar, dass die Arbeitsvermittlung einen ganzheitlichen Blick benötigt und die Zugänge nur über intensive Begleitung eröffnet werden. Nur hat das Jobcenter, das die Geflüchteten nach ihrer Flüchtlingsanerkennung betreut, keine Kapazitäten für individuelles Coaching, und die Flüchtlingssozialarbeiter:innen sind nur während

25 Interview mit Werner Lorenz* (Pseudonym), Leiter des Jobcenters im Landkreis Northeim, April 2019.

26 Interview mit Sabine Reuter* (Pseudonym), Landrätin des Landkreises Northeim, Juli 2019.

27 Interview mit Christian Vogel* (Pseudonym), Leiter der Abteilung Migration und Integration im Landkreis Northeim, Januar 2019.

28 Interview mit Reinhard Maurer* (Pseudonym), Kassenwart des Flüchtlingshilfevereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

des Asylverfahrens für die Geflüchteten zuständig. Also müssen wieder die Ehrenamtlichen ran: »Jeder einzelne müsste da irgendwie ganz intensiv begleitet werden und wir haben unter unseren Ehrenamtlichen einige, ich würde sagen, eine Handvoll, die sich auch wirklich da ganz intensiv kümmern«, meint die Bürgermeisterin.²⁹ Sie akquirieren Praktikumsplätze für ihre Mentées und organisieren einen Fahrdienst. Sie tun eine Fahrschule auf, in der die Theorieprüfung auch auf Arabisch abgelegt werden kann, und finanzieren Zuschüsse für die Fahrstunden. Sie erledigen die teils komplizierten Dreieckstelefonate zwischen potenziellen Arbeitgeber:innen, Arbeitsamt bzw. Jobcenter und Ausländerbehörde. Damit wären die Geflüchteten nicht nur aufgrund ihrer geringen Deutschkenntnisse überfordert, sondern wegen der komplexen Bürokratie, wie der Leiter des Jobcenters Werner Lorenz* meint:

Und Deutschland ist auch kompliziert. Das geht schon mit den komischen Anträgen los. Denn versuchen wir über eine Dolmetscher-Hotline das irgendwie hinzukriegen und das ist wirklich schwierig. Ja und denn gehen die Leute praktisch nach Hause mit ihren Formularen, haben es nicht richtig verstanden. Dann gehen sie zu den Ehrenamtlichen. Die haben es auch nicht richtig verstanden. Dann rufen die hier wieder an. Also das ist schon, ja schon schwierig, muss man wirklich sagen.³⁰

Für manche junge Geflüchtete, deren Asylantrag abgelehnt wurde, käme eine Ausbildungsduldung in Betracht, und etliche Betriebe würden sich auch darauf einlassen: »Die sagen, ich finde den jungen Mann toll, und er würde vielleicht abgeschoben werden, und deswegen biete ich ihm die Möglichkeit der Ausbildung, obwohl mir klar ist, dass es unter Umständen schwierig bis hin zu unmöglich ist.«³¹ Auch hier sind es dann häufig die Ehrenamtlichen, die sich als Vermittler:innen in der Pflicht sehen, potenzielle Arbeitgeber:innen bei der Stange zu halten, solange die Behörden die Duldung noch nicht erteilt haben. Regina Harmsen* empfindet das als immense Belastung: »Wenn ich mir da unsicher bin, ist das blöd, dann denke ich, oh Gott, bin ich jetzt dafür verantwortlich, wenn er die nicht kriegt. Wenn man da so persönlich drinhängt, dann hat man dann auch echt schon mal eine schlaflose Nacht irgendwie.«³²

Im Grunde sehen alle Beteiligten, dass die Ehrenamtlichen durch ihre Einbindung in die mühsamen Schritte der langfristigen Integration überfordert werden. Die institutionellen Akteure wünschen sich daher ganzheitliche Ansätze, um die komplexen Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu meistern, was angesichts des massiven demographischen Wandels in der ländlichen Region, die zu einer Schrumpfung des Arbeitskräftepotenzials führt, auch bitter nötig wäre.

29 Interview mit Katrin Lange* (Pseudonym), Bürgermeisterin von Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

30 Interview mit Werner Lorenz* (Pseudonym), Leiter des Jobcenters im Landkreis Northeim, April 2019.

31 Interview mit Susanne Gartke* (Pseudonym), Bildungskoordination für Neuzugewanderte im Landkreis Northeim, November 2019.

32 Interview mit Regina Harmsen* (Pseudonym), ehem. Vorsitzende des Flüchtlingshilfvereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

Vier Jahre nach der Ankunft von Geflüchteten ist Trabsen* zum Alltag zurückgekehrt. Die eigens organisierten Begegnungsaktivitäten haben nachgelassen und sind alltäglichen Kontaktformen gewichen. Damit hat sich auch die Intensität des Kontaktes abgeschwächt. Für Pfarrer Michael Hausmann* ist das ein Zeichen des Einlebens und damit positiv:

Und seitdem die hier ANGEKOMMEN sind und WISSEN, wie das Leben hier funktioniert, sage ich mal, dass die Kontakte oder zumindest MEINE Kontakte zu diesen Geflüchteten, die damals sehr eng waren, eher weniger geworden sind. Also natürlich, wir treffen uns in der Sporthalle, wenn wir unseren Kindern zujubeln, oder man trifft sich auf der Straße und wir bleiben kurz stehen, man fragt, Mensch, wie geht es und sonst wie, [...] aber die brauchen uns nicht mehr so, und das ist letztlich ein gutes Zeichen.³³

Auch der Jugendpfleger von Trabsen* findet eine Normalisierung im Alltag erstrebenswert, verbunden mit einem Ablegen der Rollenzuschreibungen der ›Geflüchteten‹ und der ›Aufnahmebevölkerung‹:

Ich finde, man muss da auch immer vorsichtig sein, dass man diesen Status des Flüchtlings nicht irgendwo immer wie eine Laterne vorneweg trägt. Wenn sie hier wohnen, dann sind es für mich nicht mehr Geflüchtete, sondern es sind Menschen, die irgendwann mal Geflüchtete waren. Oder sind dann irgendwann Einwohner von Trabsen*.³⁴

Die Ehrenamtlichen im lokalen Flüchtlingshilfeverein machen sich Gedanken über die Veränderungen im Rollenverhältnis, verbunden mit der Frage, wie viel Hilfe notwendig ist und wo man sich möglicherweise auch zu stark in den Alltagsvollzug einmischt und die eigenen Wertevorstellungen zu selbstverständlich als Basis der Unterstützungsbeziehung heranzieht: »Man mischt sich manchmal zu viel ein, das ist unser deutsches Denken: ›Sie müssen Deutsch leben.‹ Also sie dürfen ihr Leben leben, und wir – also ich persönlich sage immer, ich unterstütze da, wo Hilfe gebraucht wird.«³⁵ Diese Aussage ist Teil eines längeren Reflexionsgesprächs zwischen den beiden Ehrenamtlichen Regina Harmsen* und Reinhard Maurer*, aus dem auch viel Frustration und Enttäuschung herauszuhören ist. Frustration, weil sich Geflüchtete zurückgezogen haben und sich nur melden, wenn sie Hilfe brauchen. Weil sie die angebotene Hilfe des Vereins zu selbstverständlich betrachten, obwohl es sich doch um ehrenamtliche Arbeit handelt. Weil Geflüchtete den Wunsch haben, wegzuziehen, und damit den mühsamen Beziehungsaufbau annullieren. Man spürt, dass Regina Harmsen* und Reinhard Maurer* nicht mit allem im Reinen sind, was sie erlebt haben. Aber sie versuchen, einen Interpretationsrah-

33 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), Pfarrer und ehrenamtlich Engagierter in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

34 Interview mit Michael Albers* (Pseudonym), Jugendpfleger in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

35 Interview mit Regina Harmsen* (Pseudonym), ehem. Vorsitzende des Flüchtlingshilfevereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

men für ihre Erlebnisse mit den Geflüchteten zu finden, und vollziehen einen Perspektivwechsel:

Ich glaube, man war am Anfang so euphorisch, dass das so alles miteinander und sie machen überall mit, aber ich glaube einfach, also ich versetze mich jetzt mal in ihre Lage, wenn ich nach Syrien gehen würde, ich würde mir immer deutsche Familien suchen, wo ich mich ein Stück zuhause fühle. Und sie haben ihre Heimat verloren und ich glaube, sie leben in ihren Familien und untereinander ein Stück Heimat. Und das muss man ihnen auch zugestehen. Ich glaube, der Anspruch bei den Deutschen ist viel zu hoch, zu sagen, sie müssen so leben wie die Deutschen und sie müssen Deutsch werden. Das werden sie nie werden. Und das brauchen sie auch nicht werden. (Ebd.)

»Das gab es vor 70 Jahren bei den Flüchtlingen aus Schlesien auch nicht«, fügt Reinhard Maurer* hinzu und findet damit einen weiteren Referenzrahmen, durch den das Verhalten der Geflüchteten und der Aufnahmegerüstschaft in der Gegenwart verständlicher erscheint. Die Bedeutung eines Perspektivwechsels haben auch die Akteur:innen auf der institutionellen Ebene erkannt. Sie haben beobachtet, dass eine pure Übertragung von Ansätzen und Angeboten auf die Zielgruppe, etwa durch Übersetzung in mehrere Sprachen, wenig effektiv ist, sondern dass es eher darum geht, die Strukturen durch die Perspektive der Ankommenden zu verstehen. Dies benötigt ein erhebliches Maß an Ambiguitätstoleranz, sei aber schlussendlich der effektivere Weg der Integration: »Und DAS wäre für mich tatsächlich Integration, dass man im Prinzip einen Weg miteinander findet, in Kooperation und Kommunikation wie man miteinander umgeht, und wie man versucht dann auch einen Weg von Gemeinschaft und von gemeinsamem miteinander Leben zu finden.«³⁶

9.3.2 Ehrsfeld*: »Es ist eine Herausforderung, die Menschen zu integrieren«

Ehrsfeld* ist eine Kleinstadt im ländlichen Raum Mittelfrankens und hat rund 12.400 Einwohner:innen. Der Ort beherbergt 2017 etwa 330 Geflüchtete in verschiedenen Anerkennungsstufen, die in vom Landkreis gemieteten oder selbst gemieteten Wohnungen untergebracht sind. Begonnen hatte die Geflüchtetenaufnahme mit einer Notunterkunft im Jahr 2015, die nach einem halben Jahr wieder geschlossen wurde. Der Bürgermeister beteiligte sich anfangs am Aufbau von Vernetzungsstrukturen für die Geflüchtetenaufnahme, überließ aber langfristig das Thema seinen Verwaltungsabteilungen und der institutionalisierten Zivilgesellschaft. Diese kritisieren das nachlassende Engagement der Stadtspitze und das fehlende strategische Denken im Bereich Integration, das als Daueraufgabe begriffen werden sollte.

Es ist eine Herausforderung, die Menschen zu integrieren, aber da – das wird noch nicht so wahrgenommen, dass man sich da mehr engagieren muss, dass man das als SELBSTVERSTÄNDLICH ansieht, dass die DA sind, und dass ein Großteil davon einfach

36 Interview mit Susanne Gartke* (Pseudonym), Bildungskoordination für Neuzugewanderte im Landkreis Northeim, November 2019.

DABLEIBT. Da habe ich so das Gefühl, da ist noch so ein wenig die Hoffnung: »Na ja, irgendwann gehen die wieder.«³⁷

Die konkrete Integrationsarbeit wird neben den Bildungseinrichtungen und dem Jobcenter vor allem durch kirchliche Träger und Akteure der Zivilgesellschaft geleistet. Die ehrenamtlichen Strukturen wirken zerfasert. Die Aktiven sind meist ältere Frauen, die überwiegend als »Einzelkämpfer unterwegs« sind. Viele Aktivitäten der Anfangszeit, wie ein Begegnungscafé, eine Fahrradwerkstatt oder ein Gartenprojekt, seien bereits nach wenigen Monaten »im Sande verlaufen« und das anfänglich große Potenzial an Engagierten sei rasant zusammengeschmolzen, erinnert sich die Ehrenamtliche Isolde Rösner*: »Eltiche sind relativ frustriert rausgegangen, einmal fehlende Organisation, andererseits aber auch frustriert in ihren Erwartungen an die Flüchtlinge, an die Geflüchteten, und das ist auch bei mir so. Die Resignation lauert hinter jeder Ecke.«³⁸ Als mitursächlich hierfür werden die veränderten Bedürfnisse der Geflüchteten genannt, die nach den ersten Monaten des Einlebens und Wartens auf die Asylentscheidung vor einer Vielzahl von Herausforderungen und teils komplexen rechtlichen Fragen stehen. Wichtige Ansprechpartner wurden deshalb die Fachberatungsdienste für Migration und Integration, die für alle Zuwander:innen offenstehen, sowie das Jobcenter, das die Geflüchteten nach der Schutzanerkennung betreut. Letzteres hatte sich für die neue Aufgabe neu strukturiert. Für die Arbeitsmarktintegration wurde »ein eigenes Team Flucht« mit zwei Integrationsfachkräften gegründet und zusätzlich ein neuer Mitarbeiter mit Arabischkenntnissen eingestellt. Mit diesem Team werden 580 anerkannte Geflüchtete im Landkreis betreut, die als erwerbsfähige Leistungsberechtigte gelten.

Alle Akteure sehen den Erwerb von Sprachkenntnissen als Grundvoraussetzung für Teilhabe an. Doch der Zugang zu Sprachkursen steht nicht allen Geflüchteten gleichermaßen offen. Jene mit geringer Bleibeperspektive werden nicht zum Integrationskurs zugelassen. Und Frauen mit kleinen Kindern haben aufgrund fehlender Kinderbetreuung keine Möglichkeit, teilzunehmen. Allerdings bleibt auch für jene, die den Integrationskurs abschließen, die Sprache ein zentrales Problem, wie die Leiterin des zuständigen Jobcenters Brigitte Schwade* konstatiert: »Wir sind am Anfang echt erschrocken, weil wir ganz, ganz am Anfang dachten, Integrationssprachkurs und wenn die rauskommen, dann haben die ihr B1-Niveau und dann können die weitermachen mit der berufsbezogenen Sprachförderung.«³⁹ Es wird viel Energie und auch Geld investiert, um die Geflüchteten in Arbeit zu bringen. Da beispielsweise die Mobilität in der ländlichen Region ein großes Hemmnis für den Arbeitsmarktzugang darstellt, wird Geflüchteten bei Bedarf der Erwerb einer Fahrerlaubnis finanziert. Die zuständige Abteilungsleiterin argumentiert, »dass dieses Geld gut angelegt ist und dass es eine sinnvolle Förderung ist, weil dadurch wirklich die Arbeitsaufnahme, die Integration erfolgen kann« (ebd.).

37 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

38 Interview mit Isolde Rösner* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Februar 2019.

39 Interview mit Brigitte Schwade* (Pseudonym), Leiterin des Jobcenters im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, Mai 2019.

Über Fördermittel wurde eine Mitarbeiterin als Arbeitsmarktcoach eingestellt, die Geflüchtete sehr effektiv in eine passende Stelle vermittelt und während und nach der Vermittlung nicht nur den Geflüchteten, sondern auch den Arbeitgeber:innen zur Seite steht, um weitere Fördermöglichkeiten aufzuzeigen und Konflikte zu glätten. Ihre Erfolgsbilanz nach einem Jahr liegt bei 50 erfolgreichen Arbeitsmarktvermittlungen. Eine günstige Voraussetzung ist die Offenheit der Firmen in der Region. Angesichts einer Arbeitslosenquote um die 2 % suchten viele »händeringend« nach Arbeitskräften jeglichen Qualifikationsniveaus. Die Arbeitsmarktcoach sieht ihre Aufgabe nicht nur in der Suche nach passenden Arbeitsplätzen, sondern auch im Erwartungsmanagement. Viele Geflüchtete wären enttäuscht, dass ihre mitgebrachten Qualifikationen nicht anerkannt würden. Arbeitgeber:innen wiederum würden bessere Deutschkenntnisse erwarten und zeigten sich oft stark irritiert bei Anfangsproblemen, die sich aus »Unkenntnis der Ge pflogenheiten« einstellen. Wichtig sei daher, beiden Seiten die längerfristige Entwicklungsperspektive aufzuzeigen und bei anfänglichen Frustrationen vermittelnd und motivierend einzuwirken. »Man braucht Geduld und es ist ein langer Weg, bis dann wirklich das so ist, dass beide Seiten dann damit leben können, sowohl der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmer dann, der Geflüchtete. Und man muss einfach auch ein bisschen, ja, die entsprechende soziale Einstellung dann haben.« (Ebd.) Erst wenn das Beschäftigungsverhältnis ein Jahr nach der Eingliederung stabil ist, verbucht die Arbeitsmarktcoach die Vermittlung als Erfolg: »Nach einem Jahr, da funktioniert alles. Die haben mir Weihnachten geschrieben, ›Job alles gut. Ehefrau macht Sprachkursus. Kinder versorgt. Verdienst gutes Geld. Führerschein geschafft. Alles gut, Frau Schubert*. Danke für Ihre Hilfe!‹ Und da weiß ich, der Tag ist gekommen!«⁴⁰ Ihre eigene, als so erfolgreich beschriebene, Stelle ist demgegenüber nicht stabil, da sie projektgebunden ist. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs ist noch nicht klar, wie es nach dem Ende der Projektfinanzierung weitergeht. Für die nahe Zukunft hat sich das lokale Jobcenter die Förderung der geflüchteten Frauen auf die Agenda gesetzt. Diese sollten nun in die Integrationskurse geschickt und anschließend für den Arbeitsmarkt aktiviert werden. Um den Sprachkurs mit familiärer Fürsorgearbeit überein bringen zu können, ist ein entsprechender Integrationskurs mit Kinderbetreuung geplant. Eine Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen sei schließlich auch für die weiteren Zukunftsaussichten in Deutschland wichtig, denn für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis (Niederlassungserlaubnis) müssen alle Mitglieder einer ›Bedarfsgemeinschaft‹ verschiedene Voraussetzungen erfüllen: »Ich sage auch den Geflüchteten immer, ihr müsst die Sprache verbessern für eine Niederlassungserlaubnis. Oder ihr müsst fünf Jahre in die Rente einbezahlt haben zum Beispiel. Das ist ja ganz wichtig, um einen permanenten Aufenthalt in Deutschland zu erwirken. Dass die das auch wissen!« (Ebd.)

Ein großes Hindernis für den Arbeitsmarktzugang vor allem der jungen Geflüchteten in der Gemeinde ist die restriktive aufenthaltsrechtliche Praxis des Landkreises. Denn viele der geflüchteten Jugendlichen haben eine Duldung und damit keine stabile Aufenthaltsperspektive. Eine Ausbildungsduldung könnte ihnen und auch den potenziellen Arbeitgeber:innen weiterhelfen. Diese Regelung sieht eine Absicherung des Auf-

40 Interview mit Steffi Schubert* (Pseudonym), Jobbegleiterin im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, Mai 2019.

enthalt Geduldeter während der dreijährigen Berufsausbildung und einer daran anschließenden zweijährigen Berufstätigkeit vor. Nach dem Ablauf der fünf Jahre haben sie unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, in eine Aufenthaltserlaubnis für ausländische Fachkräfte zu wechseln und damit ihren Aufenthalt in Deutschland zu stabilisieren. Doch Aufenthaltsduldungen werden von der zuständigen Ausländerbehörde im Landkreis selten gewährt: »Die würden also gerne jemanden einstellen, dürfen dann oft natürlich die, die nicht anerkannt sind, nicht, weil da diese drei plus zwei Regelung halt bei uns leider nicht umsetzbar ist«, erläutert die Lokalpolitikerin Hannelore Wagner*. Wie bei vielen gesetzlichen Regelungen gibt es Ermessensspielräume in der Umsetzung, und diese werden offensichtlich in der Region besonders restriktiv interpretiert. Das bringt Arbeitgeber:innen und Zivilgesellschaft auf die Barrikaden. Einer Demonstration vor dem Landratsamt folgt eine Petition namhafter Unternehmen aus der Region im Bayrischen Landtag, die argumentieren, »es gebe endlich genügend Arbeitskräfte auf dem Markt, doch der Staat behindere – entgegen seiner öffentlich geäußerten Absichtserklärung – deren Integration massiv« (Fränkische Landeszeitung 20.10.2017). Ein Jahr später folgt eine Unternehmerresolution für einen Kurswechsel in der bayerischen Asylpolitik, dem sich 90 Unternehmen anschließen. Anlass ist, dass einem Beschäftigten die Arbeitserlaubnis entzogen wurde, weil er nach Auffassung der Behörden nicht ausreichend an seiner Identitätsfeststellung mitgearbeitet hatte (vgl. Textbox 9.1). Der Initiator der Resolution wird mit den Worten zitiert: »Gerade für die, die dem Staat nicht auf der Tasche liegen, die arbeiten wollen und können, die sich gut benehmen, nichts zu schulden kommen lassen und die Sprache beherrschen – gerade für die müssten doch Möglichkeiten und Perspektiven geschaffen werden.« (Lauer 2018)

Textbox 9.1: Die Falschen müssen gehen

Der 30jährige Iraner Behnam Ostowar war dem Metallbauer Günther Dietrich von einem Ehrenamtlichen vorgestellt worden. »Der wollte arbeiten, der konnte arbeiten, und ich brauchte ihn dringend.« Zwar hatte Behnam Ostowar kein Ausbildungszertifikat als Maler und Lackierer, aber langjährige Berufserfahrung. »Dass er kaum ein Wort Deutsch sprach – geschenkt: Günther Dietrich bezahlte den privaten Deutschkurs. Dass er schrecklich schüchtern war – geschenkt: Günther Dietrich sorgte für Integration, und spätestens ab dem Besuch der Dietersheimer Kerwa war aus Behnam Ostowar der »Benni« geworden.« Inzwischen ist Behnam Ostowar nach Ansicht des Chef-Lackierers auf Facharbeiterniveau und wird nach dessen Eintritt in den Ruhestand seine Position einnehmen. Für Günther Dietrich ist sein iranischer Mitarbeiter unersetzlich. »Versuchen Sie mal irgendwo auf dem deutschen Arbeitsmarkt einen Lackierer zu finden, der nach Walddachsbach kommt.« Nun wurde ihm jedoch vom Ausländeramt die Arbeitserlaubnis entzogen, weil er »an seiner Identitätsfeststellung nicht zufriedenstellend mitarbeitete.« – »Es kommt einem so vor, als müsste im Ausländeramt eine Abschussquote eingehalten werden.« meint Günther Dietrich dazu (Lauer 2018).

Während regionale Arbeitsmarktakteur:innen sich offen und integrativ gegenüber den Geflüchteten zeigen und einzelne Ehrenamtliche sich stark engagieren, ist seitens der lokalen Bevölkerung vorwiegend Desinteresse und wenig Einfühlungsvermögen gegenüber der Lebensrealität der Geflüchteten zu verspüren. Hannelore Wagner* berichtet beispielsweise von einem Stand auf dem Weihnachtsmarkt, an dem Geflüchtete Speisen aus ihrer Herkunftsregion präsentiert hatten. Während es vereinzelt positive Resonanz gab, seien »die allermeisten, einschließlich Bürgermeister, einfach an uns vorbeigestieft, ohne das zu REALISIEREN, welche Möglichkeit das gibt. Und das, ja, fand ich sehr schade.«⁴¹ Es gebe viele Vorurteile gegenüber Geflüchteten. Einzelne Negativerlebnisse würden überhöht und dadurch Ängste geschürt, mit negativen Konsequenzen hinsichtlich des gegenseitigen Umgangs. Häufig werden Geflüchtete auf der Straße beleidigt oder beschimpft, ergänzt die Integrationsberaterin Bahar Ahmadzadeh*:

Immer wieder hören wir hier, dass die Flüchtlinge beleidigt werden, aber fragen Sie nicht, mit welchen Schimpfworten! Bei manchen Worten musste ich auch erst die Bedeutung verstehen und beim Einkaufen oder auf der Straße oder wenn eine Frau Kopftuch hat. Es wurde immer beleidigt oder wir hören immer: »Warum sind Sie da?«⁴²

Es fehle an Gelegenheiten der Begegnung zwischen Einheimischen und Geflüchteten, und jene, die durch Ehrenamtliche geschaffen werden, würden nicht von beiden Gruppen besucht. Mehrere Gesprächspartner:innen beobachten, dass sich die Geflüchteten kaum an sozialen Aktivitäten beteiligen und sich überwiegend ins Private zurückziehen. Als Gründe werden Geldmangel vermutet, da die meisten sozialen Aktivitäten mit Konsum verbunden sind, oder auch das Vermeiden kulturellen Anpassungsdrucks. Ein Gesprächspartner berichtet mit Blick auf seine geduldeten jugendlichen Mentées, diese würden aus Sorge vor Abschiebung kaum noch aus dem Haus gehen. Hinsichtlich der Folgen stimmen die Gesprächspartner:innen überein: der Rückzug in die Eigengruppe würde Fortschritte beim Deutschlernen behindern oder gar zunichten machen.

Auf längere Sicht werden aber auch positive Entwicklungen wahrgenommen. Nadim Khadour* aus Syrien, der als ehrenamtlicher Dolmetscher tätig ist, erinnert sich, dass ihn anfangs niemand begrüßt hat. Nun aber würden manche Einheimische freundlicher reagieren. Er denkt, dass die lokale Bevölkerung positive Integrationsverläufe wahrnimmt und wertschätzt: »Wenn die Deutschen sehen, dass einer hart gearbeitet hat, sein Studium [abgeschlossen hat], er arbeitet jetzt, dann sagen sie: ›Ja TOLL!‹ Aber wenn sie sehen, die anderen schlafen und essen [nur], und dann [...] es kommt darauf an.«⁴³ Langfristig erwartet die Lokalpolitikerin Hannelore Wagner* eher ein Nebeneinander als ein Miteinander: »Die Leute gewöhnen sich dran, man STÖRT sich nicht mehr aneinander und ja. Man läuft – es ist so ein bisschen – dem ein oder anderen wird gelingen, sich IN

41 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

42 Interview mit Bahar Ahmadzadeh* (Pseudonym), Integrationsberaterin in Ehrsfeld* (Pseudonym), Februar 2019.

43 Interview mit Nadim Khadour* (Pseudonym), ehrenamtlicher Dolmetscher in Ehrsfeld* (Pseudonym), November 2019.

die Bevölkerung zu mischen, aber es wird so nebeneinander gelebt werden.«⁴⁴ Als Lokalpolitikerin möchte Hannelore Wagner* aber erreichen, dass Integration als Gestaltungsauftrag wahrgenommen und politisch ausgefüllt wird. Deshalb bringt sie Anfang 2017 einen Antrag in den Stadtrat ein, in dem sie fordert, die Stelle eines kommunalen Integrationsbeauftragten zu schaffen: »Integration passiert nicht, wir müssen jetzt lernen, damit umzugehen und begreifen, dass eine frühzeitige und umfassende Integration eine große Chance für die Stadt sein kann«, so ihre Begründung (Fränkische Landeszeitung 11.02.2017).

9.3.3 Friedenau*: »Kann das überhaupt funktionieren?«

Friedenau* ist eine 3.700 Einwohner:innen umfassende ländliche Gemeinde in der sächsischen Lausitz. Die Gemeinde besteht aus drei Ortsteilen, die früher eigenständige Gemeinden waren. In einem der Ortsteile wurde 2014 eine Gemeinschaftsunterkunft etabliert, in der um die 120 Asylsuchende leben. Bürgermeister Michael Bergmann*, der im Herbst 2015 ins Amt kam, berichtet von seiner anfänglichen Skepsis und den großen Vorbehalten in der Bevölkerung:

Kann das überhaupt funktionieren? Was wollen die hier? Und werden wir uns vertragen? Und da sind auch, sage ich einmal, sicherlich viele Bilder in Köpfen, die aus Medien kommen, dass Asylbewerber eben hier vor allen Dingen die Ursache von Konflikten sind, was weiß ich, von Diebstählen bis hin zu Schlägereien oder Einbrüchen.⁴⁵

Nachdem die Gemeinschaftsunterkunft seit dreieinhalb Jahren besteht, kann er jedoch »keine negativen Auswirkungen« auf die Gemeinde feststellen. Für das Wohlergehen der Geflüchteten zu sorgen, sieht er als Aufgabe der Landkreisbehörden an, denn Friedenau* sei lediglich die »Sitzgemeinde« des Heims, das von einem privaten Betreiber im Auftrag des Landkreises geführt wird. Wichtig für den problemlosen Betrieb sei vor allem eine ehrenamtliche Initiative gewesen, die sich von Anfang an im Heim engagierte. Sie wird maßgeblich aus Kreisen der evangelischen Kirchengemeinde am Laufen gehalten, wobei die meisten Ehrenamtlichen nicht vor Ort wohnen, sondern aus einer Nachbargemeinde kommen. Sie bieten Deutschunterricht in der Gemeinschaftsunterkunft an, haben eine Kleiderkammer initiiert und veranstalten Spielenachmittage für die vielen Kinder, die in der Asylbewerberunterkunft leben und meist keine Kindertagesstätte besuchen. Viele Geflüchtete leben bereits mehrere Jahre in der Unterkunft, und die Ehrenamtlichen begleiten sie auch in ihren persönlichen Belangen, vermitteln Wohnungen und Kontakte zu potenziellen Arbeitgeber:innen und helfen bei Problemen mit Behörden und im Alltag.

»Wenn wir das Ehrenamt die ersten Jahre nicht gehabt hätten, wäre hier absolutes Chaos gewesen«, meint die Kommunale Integrationskoordinatorin, Sandra Breitner*.⁴⁶

44 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

45 Interview mit Michael Bergmann* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Friedenau* (Pseudonym) in der sächsischen Lausitz, März 2019.

46 Interview mit Sandra Breitner* (Pseudonym), Kommunale Integrationskoordinatorin in der sächsischen Lausitz, März 2019.

Der Landkreis hatte zwar bereits vor 2015 Strukturen und Leitlinien für die Integration der zahlreichen ausländischen Arbeitskräfte, die in der Region tätig sind, ausgearbeitet und auch bereits Erfahrung mit der sprachlichen Qualifizierung und mit Anpassungsqualifikationen gesammelt, doch die Massenankunft der Jahre 2015/16 lenkte alle Anstrengungen zunächst in Richtung Unterbringung. Eine Stabsstelle wurde gebildet, die nach geeigneten Objekten für Gemeinschaftsunterkünfte Ausschau hielt. Die Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften war eine dezidierte Strategie, um vor Ort besser auf die Geflüchteten einwirken zu können, was die ersten Schritte des Einlebens betrifft. Dabei ist vor allem der effektive Einsatz von Mitarbeiter:innen gemeint, die in der Gemeinschaftsunterkunft auf einen Schlag sehr viele Geflüchtete erreichen, während das in der dezentralen Unterbringung schwieriger ist, wie die Leiterin des zuständigen Sachgebiets Integration argumentiert. Aus Sicht der Sozialarbeiterin Jana Robson* überwiegen in der Gemeinschaftsunterkunft allerdings die Probleme, wie mangelnde Rückzugsmöglichkeiten, fehlende Ruhe und latente Konflikte zwischen den Bewohner:innen, die es nicht erlauben, das Erlebte zu verarbeiten, und die zu zusätzlichen psychischen Belastungen führen.

Die Fluchtgeschichte, die Geschichte vor Ort. Sei es IS, sei es Taliban, die Flucht hält, wie gesagt, die Landflucht, die Flucht über das Mittelmeer. Ich habe Einige, die sind hochschwanger hierhergekommen, wo ich echt einen Hut ziehe, wie sie das gemacht haben. Wo es die ganze Situation hier ... also vor allen Dingen die, die in den Unterkünften sind, weil Unterkunft nochmal was ganz anderes ist. Also nochmal eine ganz andere psychische Belastung für die Leute ist, für die Familien.⁴⁷

Die Gemeinschaftsunterkunft liegt in einem eher peripheren Ortsteil von Friedenau* mit wenig Infrastruktur, allerdings mit einer Kindertagesstätte und einer Grundschule. Dies heißt jedoch nicht, dass die rund 40 Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft dort auch Zugang erhalten. Der Bürgermeister berichtet vom Wunsch der Ehrenamtsinitiative, ein Kontingent an Kita-Plätzen für die Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft zu reservieren, dem er jedoch nicht zustimmte. Stattdessen wurden Betreuungsplätze in benachbarten Ortschaften angeboten, die für die Geflüchteten aber nur schwer mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Auch die Grundschulkinder aus dem Heim besuchen die Grundschule einer benachbarten Ortschaft, wo für sie eine DaZ-Klasse eingerichtet wurde. Aus integrativen Gesichtspunkten sei dies eine verpasste Chance, meint die Ehrenamtliche Christine Bader*, denn über den Besuch von Kita und Grundschule vor Ort könnten nachhaltige Kontakte in die Aufnahmegerellschaft geknüpft werden. Sie berichtet einigermaßen frustriert von den ermüdenden Gesprächen mit Bürgermeister und Ausländerbehörde, die ihre Entscheidungen mit strukturfunktionalen Erwägungen begründeten und als unveränderlich kommunizierten. Eine Nachfrage bei der örtlichen Schulleiterin ergab hingegen, dass mit dieser noch nie ausgelotet worden sei, ob man die Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft nicht doch vor Ort unterrichten könnte.

47 Interview mit Jana Robson* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Migrationsberaterin in der sächsischen Lausitz, Mai 2019.

Christine Bader* sieht dieses Erlebnis als Beleg dafür, dass Integration in der Region nicht wirklich gewollt sei:

Und ich kenne die Direktorin. Und ich habe gedacht, also ich kenne die Frau, ich kann es mir von der nicht vorstellen. Und neulich sah ich sie und da habe ich sie gefragt. Da hat sie mich angeguckt und hat gesagt, »Wo hast du denn das her?« Ich sage, »Das wird im Dorf erzählt.« – »Wir sind noch nicht ein einziges Mal gefragt worden«, sagt sie.⁴⁸

Die Frage der Integration in die ländliche Region und der öffentlichen Akzeptanz von Geflüchteten ist für die meisten Akteur:innen eng mit der Erwerbstätigkeit verknüpft: »Die Akzeptanz ist dann da, wenn die eben wirklich integriert sind. Wenn die im Verein sind, wenn die Arbeiten sind, wenn die Menschen sehen, die tun was«, findet Landrat Harald Uhlig*.⁴⁹ Der Arbeitsmarkt sei überaus aufnahmefähig, Arbeitskräfte würden »händeringend« gesucht, sei es als Fachkräfte, Hilfskräfte, oder auch Selbstständige. Neben verschiedenen Industrieunternehmen sind vor allem Handwerksbetriebe interessiert, die in der demographisch schrumpfenden Region massive Nachwuchssorgen haben: »Wir müssen hier vor Ort definitiv was tun, damit wir in zwanzig Jahren noch zum Bäcker gehen können, damit uns jemand noch Brötchen bäckt oder damit uns jemand noch die Haare schneidet« betont Jobcenter-Chefin Katharina Wittmann* den Ernst der demographischen Lage.⁵⁰ Um die Arbeitsmarktintegration voranzutreiben, werden auf Landkreisebene ab 2015 mit Hilfe von Fördermitteln zusätzliche Koordinationsstrukturen aufgebaut. Im Jobcenter wurde ein ›Fallmanager Migration‹ eingerichtet, der sich auf die Unterstützung von ›Bedarfsgemeinschaften‹ mit Fluchthintergrund spezialisiert. Dabei steht zunächst der Spracherwerb im Fokus. Hier wie an vielen anderen Stellen in der Integrationskette erweist sich die Massenankunft von Geflüchteten als erschwerend, da an verschiedenen Stellen Flaschenhälse entstehen:

Wir mussten erstmal einfach nur Richtung Sprache lenken. Das waren so vor allem die großen Herausforderungen, die dann auf die Kollegen zugekommen sind. Und dann die Kettenreaktion, dass es ja bei allen mehr wurde. Die Übersetzungsbüros, die Anerkennungsinstitute, die Zeugnisse und so weiter, das dauerte alles plötzlich viel, viel länger, wurde alles deutlich teurer. Nicht wahr? Und damit hat sich die Arbeitsweise für die Kollegen auch deutlich verändert. (ebd.)

Aus Landesmitteln wird zusätzlich ein Mentorenprogramm eingeworben, dass geeignete Geflüchtete auf ihren Weg in den Arbeitsmarkt individuell coacht. Seit 2015 waren landkreisweit 257 Klient:innen im Mentoringprogramm, 2019 sind es noch 119. Fallmanager:innen und Mentor:innen folgen dem Dreischritt ›Sprache-Bildung-Arbeit‹, d.h. eine Arbeitsmarktvermittlung erfolgt üblicherweise erst nach dem Erreichen des Sprachniveaus B1. Die Mentées werden auf den Bewerbungsprozess vorbereitet und zu Gesprä-

48 Interview mit Christine Bader* (Pseudonym), ehrenamtliche Betreuerin in der Gemeinschaftsunterkunft Friedenau* (Pseudonym), März 2019.

49 Interview mit Harald Uhlig* (Pseudonym), Landrat des Landkreises Bautzen, März 2019.

50 Interview mit Katharina Wittmann* (Pseudonym), Leiterin des Jobcenters im Landkreis Bautzen, Juni 2019.

chen mit interessierten Arbeitgeber:innen begleitet, zu denen die Mentor:innen gute Kontakte unterhalten. Sind Klient:innen bei einem Unternehmen angekommen, werden sie noch mehrere Monate nachbetreut, »damit wir wissen, wie er sich entwickelt, oder wo wir vielleicht noch einhaken müssen.« Die Mentorin reflektiert die Entwicklung, die ihr Tätigkeitsfeld seit 2015 genommen hat. Viele hätten seither gut Deutsch gelernt, so dass sich die Vermittlungsmöglichkeiten signifikant verbessert hätten:

Also zum Anfang 2016, 2017 war es schwierig, weil einfach die Deutschkenntnisse nicht da waren, wir nur im Helferbereich vermitteln konnten und Ausbildung eigentlich gar nicht ging. Weil da ist ja Voraussetzung B2, und die Zeit war einfach noch nicht ran. Aber mittlerweile ist die Zeit ran, und wir haben sehr viele, die sehr gut Deutsch sprechen.⁵¹

Dennoch seien Sprache und Bildung weiterhin große Hürden, insbesondere für jene, die mit beruflichen oder akademischen Qualifikationen kommen und auf diesem Niveau auch wieder arbeiten wollen. Ihre Einarbeitung erfordere seitens der Arbeitgeber:innen mehr Anstrengungen, als eine Hilfskraft anzulernen:

Und einen Ingenieur anzulernen ist was anderes, als wenn sie einen Helfer an der Maschine anlernen. Also der Aufwand ist viel höher, die produktiven Zeiten, die durch den Mentor ausfallen, die sind nicht zu verachten, sage ich mal. Und dann weiß niemand, auch wenn es anerkannt ist, auch wenn Deutschland sagt, ja, Dein Abschluss, der ist in Ordnung, weiß niemand, auf welchem Level er wirklich unterwegs ist. (Ebd.)

Grundsätzlich sei das Mentorenprogramm aber sehr geeignet, um schwer vermittelbare Personengruppen zu aktivieren. Kaum Mühe hinsichtlich der Aktivierung hat sie mit jenen Geflüchteten, deren Asylantrag abgelehnt wurde, und die über den Weg der Ausbildungsduldung versuchen, ihren Aufenthalt zu verfestigen. Etliche haben bereits während des oft langen Asylverfahrens einen Arbeitsplatz gefunden: »Wir haben sehr viele Afghanen dabei, die sich Mühe geben, die wirklich fleißig sind, die alles machen, damit das funktioniert« meint Arbeitsmarktmentorin Jennifer Stieler*. Der negative Ausgang des Asylverfahrens stürzt viele der jungen Männer in eine tiefe Krise:

Die kriegen dann die Duldung, fallen von der Gestattung in die Duldung, bestehen eigentlich nur noch aus Angst, so da müssen sie ja die Mitwirkungspflicht nachweisen, müssen sich um ihre Pässe kümmern und haben dann eigentlich nur noch Angst, dass sie abgeschoben werden. Und die meisten geben sich Mühe, wollen hierbleiben. (Ebd.)

Bei der so genannten Mitwirkungspflicht besteht Ermessensspielraum seitens der Behörden. Die Geflüchteten müssen nachweisen, dass sie sich bemüht haben, Reisepapiere zu beschaffen. Im Landkreis Bautzen ist die Dokumentation der Mitwirkungspflicht »eine ganz wacklige Sache«, wie die Ehrenamtliche Christine Bader* beobachtet. Die Behörde besteht auf der Vorlage von Passdokumenten. Die in Afghanistan übliche Tazkira

⁵¹ Interview mit Jennifer Stieler* (Pseudonym), Arbeitsmarktmentorin in der sächsischen Lausitz, März 2019.

wird als Identitätsnachweis nicht anerkannt. Rechercheergebnisse der Sächsischen Zeitung weisen auf eine besonders restriktive Praxis in der Region hin: Während seit der Einführung der Ausbildungsduldung im August 2016 bis September 2018 in Dresden 42, in Leipzig 24 und im Landkreis Nordsachsen 21 positive Bescheide erteilt wurden, habe es im Landkreis Bautzen bis zu diesem Zeitpunkt lediglich eine Bewilligung gegeben (Springer 2019).

Die zuständige Ausländerbehörde mit Sitz in Bautzen hatte sich mit Blick auf die Massenankunft der Geflüchteten im Mai 2015 neu formiert. Die Abteilung Aufenthalts- und Asylrecht, die auch für die Erteilung von Ausbildungsduldungen zuständig ist, wurde mit den Abteilungen für Asylbewerberleistungen und Integration zusammengeführt. Sachgebietsleiterin Heidrun Voss* zählt die Vorteile dieses Konstruktions auf: »viel weniger Schnittstellen, viel weniger Reibungspunkte und vor allen Dingen auch [weniger] Wissensverlust, Zeit und Wissensverlust«. Ähnlich wie in anderen Regionen Deutschlands fing die Behörde an, aus den unterschiedlichen Bundes- und Landesprogrammen Fördermittel zu akquirieren, um Koordinationsstrukturen für die wachsende Vielzahl an Akteur:innen in den Bereichen Sprache, Arbeit und Ehrenamt besser zu managen. Mit den Bürgermeister:innen der kreisangehörigen Gemeinden wurde ein regelmäßiger Runder Tisch eingerichtet, um die Lage zu besprechen. Die ungewöhnlich große Zahl an 57 kreisangehörigen Kommunen (zum Vergleich: Trabsen* ist eine von 11 und Ehrsfeld* eine von 38 Kommunen im jeweiligen Landkreis) zeigte vor allem bei der Unterbringungsfrage Wirkung: »Mein Gefühl war damals eher so, wenn ich nicht direkt angesprochen werde, fühle ich mich nicht angesprochen, ducke mich eher ab« reflektiert Heidrun Voss* das Verhalten der Bürgermeister:innen. Auch der Landrat sieht sehr unterschiedliche Haltungen in den Kommunen und entsprechende Effekte für die Entwicklung der öffentlichen Meinung:

Dort wo die Bürgermeister eine positive Meinung haben beziehungsweise auch positive Konflikthärte aushalten, dort ist das eben wesentlich einfacher zu vermitteln und zu kommunizieren, wie in den Gemeinden, wo die Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister, aus welchen Gründen auch immer, die ersten sind, die Bedenken haben.⁵²

Dies sei umso entscheidender, da die Bürgermeister:innen als Verwaltungsspitzen und durch Wahlen legitimierte Gemeindeoberhäupter herausragende Vorbildfunktionen einnähmen. »Der Bürgermeister ist wie der Dirigent. Und wenn er, ich sage mal, den Einsatz eben falsch anzeigt, dann ist die Musik keine gute. Und ähnlich ist das bei diesen Dingen auch.« (Ebd.) Nach Ansicht der in Friedenau* tätigen Ehrenamtlichen Christine Bader* hat Bürgermeister Michael Bergmann* beim Thema Geflüchtetenaufnahme den Taktstock nie aufgenommen. Sie sieht sich mit ihrem Team alleingelassen in den Bemühungen, die Bewohner:innen der Gemeinschaftsunterkunft im Alltag zu unterstützen und ihnen Zugänge zur Aufnahmegergesellschaft zu verschaffen. Ihre Versuche, sich für die individuellen Bedürfnisse der Heimbewohner:innen einzusetzen, prallen allzu häufig an der Behördenlogik der jeweiligen Behörde ab, die in ihren Augen ›Dienst nach Vorschrift‹ verrichten und nicht wirklich die Zielsetzung einer guten Integration

52 Interview mit Harald Uhlig* (Pseudonym), Landrat des Landkreises Bautzen, März 2019.

verfolgen würden. Verbittert resümiert sie: »Wir sind die dummen Ehrenamtlichen. Und wir kriegen das von verschiedenen Stellen immer wieder deutlich gesagt. Aber die Arbeit könnt ihr ja machen. So ungefähr. [...] Und das ist das, was die ganze Sache oft erschwert und was uns auch zornig macht.«⁵³ Sie vermutet, dass ihre negativen Erfahrungen auch mit dem allgemeinen politischen Klima im Landkreis zu tun haben, das eher hinderlich für eine produktive Integrationsarbeit sei. Die Sozialarbeiterin Jana Robson*, die im Migrationsberatungsdienst für Friedenau* und Umgebung tätig ist, versucht sich an einer vorsichtigen Einordnung:

Es gab ja viel Kontroversen mit dem Landkreis. [...] Ja, wie soll ich das jetzt sagen? Man merkt die Stimmung im Landkreis, die jetzt nicht pro Asyl ist oder pro Migranten. [...] Manchmal habe ich stark das Gefühl, dass es den Ehrenamtlichen schwer gemacht wird und auch den Hauptamtlichen in der Arbeit, was die Ämter so betrifft.⁵⁴

Die Annahme, dass die politische Stimmung in der Region eher nicht zu einem integrativen Klima beiträgt, lässt sich durch eine Vielzahl an Argumenten und Begebenheiten untermauern. Lange Zeit war die NPD mit mehreren Sitzen im Kreistag vertreten und es gab mehrere Vorkommnisse, die am Bestand der ›Brandmauer gegen Rechts‹ in den politischen Gremien zweifeln lassen.⁵⁵ Rein empirisch dürfte angesichts der hohen Wahlergebnisse für die Partei AfD (vgl. Abb. 9.5), deren Sächsischer Landesverband als gesichert rechtsextrem gilt, rechtes Gedankengut zum relevanten Handlungsrahmen eines Teils der sächsischen Bevölkerung geworden sein, argumentiert der ehemalige Kreistagsabgeordnete Robert Meissner*:

Und so, wie wir heute eben konstatieren müssen, dass zwischen einem Viertel und einem Drittel der Menschen in Sachsen stark rechte und rechtsextreme Tendenzen haben, so würde ich das auch in der Justiz, in den Sicherheitsorganen, überall sehen, dass dort der Querschnitt der Bevölkerung ist.⁵⁶

Im November 2015 verfassten 48 Bürgermeister:innen aus der Region einen Protestbrief, um sich bei der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Aufnahmepolitik der Bundesregierung zu beschweren und einen Volksentscheid darüber anzuregen, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht. Der offene Brief nutzt die bereits existente politische Radikalisierung als Argument für eine Veränderung der Aufnahme-

53 Interview mit Christine Bader* (Pseudonym), ehrenamtliche Betreuerin in der Gemeinschaftsunterkunft Friedenau* (Pseudonym), März 2019.

54 Interview mit Jana Robson* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Migrationsberaterin in der sächsischen Lausitz, Mai 2019.

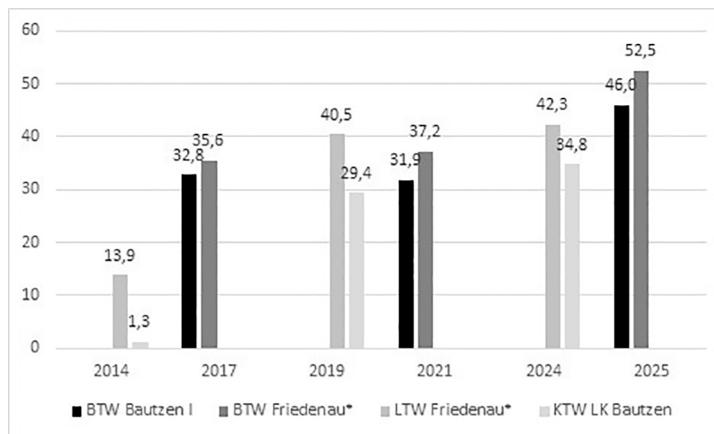
55 So gab es einen Skandal um Kontakte des damaligen Vizelandrats und Leiters der Ausländerbehörde Udo Witschas mit einem NPD-Funktionär. Chat-Protokolle »belegen, dass Udo Witschas in überaus freundschaftlichem Ton mit dem Neonazi über die Lage in Bautzen und über Flüchtlinge diskutierte, mit ihm telefonierte und Interna weitergab« (Meissner 2017). Im Nachgang wurde ihm die Zuständigkeit für das Ausländeramt entzogen, ein Abwahlantrag scheiterte. Im Juli 2022 wurde Udo Witschas zum Landrat des Landkreises Bautzen gewählt.

56 Interview mit Robert Meissner* (Pseudonym), ehemaliger Kreisrat im Landkreis Bautzen, November 2019.

und Einwanderungspolitik. Ein weiteres zentrales Argument weist auf die Fürsorgeverpflichtung gegenüber sozial schlecht gestellten gesellschaftlichen Gruppen im Land hin, die sich durch die Aufnahme Asylsuchender benachteiligt fühlen könnten:

Wichtig ist nach unserer Auffassung auch, dass diejenigen, welche in unserem Land in sehr einfachen Lebensverhältnissen leben müssen, von Ihnen als erste [sic!] Repräsentantin unseres Staates die Zusage erhalten, dass sie sich auch weiterhin auf die Fürsorge und den Schutz der Gesellschaft verlassen können. (Epoch Times 09.11.2015)

Abb. 9.5: Der Aufstieg der AfD in der sächsischen Lausitz: Ergebnisse der Bundestagswahlen (BTW) 2017, 2021, 2025 (Wahlkreis Bautzen I und Friedenau*), der Landtagswahlen (LTW) 2014, 2019, 2024 (Friedenau*) sowie der Kreistagswahlen (KTW) 2019, 2024 (LK Bautzen)



Datenquelle: <https://wahlen.sachsen.de/>, eigener Entwurf

Viele politische und gesellschaftliche Akteur:innen ziehen die Deprivationserfahrungen der Bevölkerung insbesondere in den Jahren seit der Wiedervereinigung als Begründung für rassistische Einstellungen heran. In einem Zeitungsinterview spricht beispielsweise der Leiter des katholischen Bischof-Benno-Hauses über die »Angst vor den Fremden« in der Region. Er setzt bei den fehlenden Erfahrungen mit Interkulturalität zu DDR-Zeiten an und kommt über die objektiven Deprivationserfahrungen und deren mangelnde Würdigung durch »Politik und Verwaltung« zur Erklärung der »Angst vor den Fremden«. Denn wie Zuwanderung wahrgenommen und eingeordnet würde, sei auch immer »eine Frage, wie sicher und stark ich mich in meinem Leben selber fühle, ob ich positiv denke und mich in meinem Leben wohlfühle«. (Sächsische Zeitung 22.09.2016) In der Analyse der Landtagswahlergebnisse in Sachsen 2019, in der die AfD mit 27,5 % der Wählerstimmen zweitstärkste Kraft wurde, wird das Deprivationsargument ergänzt durch die fehlende Zugewandtheit der »etablierten Politiker«, die

»in ihrer Ignoranz [...] gar kein Ohr mehr gehabt [hätten] für die Sorgen der Menschen hier im ländlichen Raum. Sie hätten sie einfach nicht hören wollen.« Gegenstand der Sorgen sei »die Flüchtlingspolitik, vor der sie sich fürchten, die Rentenpolitik, von der sie nicht wissen, was ihnen mal bleibt, die Leuchtturmpolitik, von der sie sich abgehangen fühlen, die Sicherheitspolitik, die ihnen fehlt, die Europapolitik, die ihnen niemand richtig erklärt« (Sächsische Zeitung 27.09.2019).

Vieles in dieser Problematikulation deckt sich mit unseren Befragungsergebnissen aus dem Jahr 2019 (vgl. Tab. 9.4). Der Diskursstrang des ›Nicht Gehört Werdens‹ und der fehlenden Zugewandtheit wird auch in weiteren Artikeln aufgegriffen, meist verbunden mit dem Plädoyer, alle Gruppen der Zivilgesellschaft (also auch die »dunkle Seite« der Zivilgesellschaft, vgl. Roth 2003) miteinander ins Gespräch zu bringen. Diese Position vertritt beispielsweise Frank Richter, ehemals Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung in Sachsen, in einem Gastbeitrag in der Reihe ›SZ-Perspektiven‹, in dem er seine Erfahrungen mit Bürgerdialogen zum Thema Asyl und Unterbringung reflektiert (Sächsische Zeitung, 10.10.2017). Seine Gesellschaftsanalyse attestiert eine Zweiteilung in eine »schweigende, bisweilen verängstigte, wohlmeinende, konstruktiv denkende Mehrheit« auf der einen Seite, und eine »destruktiv denkende und handelnde Minderheit« andererseits. Er verlangt eine Unterstützung der »Mehrheit« in ihrem Bemühen, die »Minderheit« einzuhegen.

Die Politisierung der Asylthematik schlägt sich auch in Friedenau* und der gesamten Region nieder. Ehrenamtliche müssen sich für ihr Engagement für Geflüchtete verteidigen und werden gefragt, warum sie sich nicht stattdessen »um Hartz-IV-Kinder« kümmern, wie Christine Bader* berichtet. Die schwierige Aktivierung weiterer ehrenamtlicher Helfer:innen könnte nach Ansicht von Sandra Breitner* auch an der übergeordneten Politisierung des Themas liegen: »Weil wir auch gemerkt haben, dass das Ehrenamt sich ja auch positioniert, pro Asyl und so weiter. Ich kann mir vorstellen, dass auch andere Interessenten sich da nicht so eingeladen fühlen, da ihnen das Thema vielleicht erst mal zu politisch klingt.⁵⁷

Mit einer Reihe von Begegnungsformaten versuchen die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen der Region, Vorbehalte gegenüber Geflüchteten auszuräumen und damit mehr Verständnis und möglicherweise auch ehrenamtliches Engagement zu generieren. Im Rahmen der interkulturellen Wochen soll eine »Begegnungs-Mitmach-Messe« stattfinden, um die Zivilgesellschaft, »die ja eher leise ist, wenn es nicht gerade Leute sind, die sich sehr negativ gegenüber dem Asylthema positionieren, [...] niedrigschwellig mit[zu]nehmen« (ebd.). Durch die interkulturelle Begegnung sollen, ganz der Kontakthypothese folgend, Unsicherheiten und Vorurteile abgebaut und damit die Basis für eine Begegnung auf Augenhöhe geschaffen werden. Das wünscht sich auch die Ausländerbeauftragte des Landkreises, die bereits verschiedene interkulturelle Begegnungsformate initiiert hat: »Damit die Menschen, die hier leben, ein anderes Bild von dem Herkunfts-

57 Interview mit Sandra Breitner* (Pseudonym), Kommunale Integrationskoordinatorin in der sächsischen Lausitz, März 2019.

land [...] bekommen, einfach mehr über andere Kulturen erfahren. Und dann sieht man die Menschen, die zu uns kommen, mit anderen Augen«.⁵⁸

Inzwischen sind in der Region auch ehemalige Geflüchtete zivilgesellschaftlich aktiv, wie beispielsweise Alima Ibrahim*, die sich vor allem für die Vernetzung zugewanderter Frauen engagiert und ein Netzwerk der Migrantinnen-Selbst-Organisationen in der Region gegründet hat. Aus der Reflexion der selbst erfahrenen Zuwendung seitens der engagierten Zivilgesellschaft auf der einen Seite und rassistischen Ausgrenzungen auf der anderen Seite leitet sie den Wunsch zu mehr Hilfe zur Selbsthilfe und zum Empowerment von Migrant:innen und Geflüchteten ab. Denn die Geflüchteten könnten einen großen Beitrag zur umfassenden gesellschaftlichen Integration leisten, im Sinne einer Berücksichtigung aller Gruppen der Gesellschaft. »Wettkommen, Solidarisch und Dialog« das sind ihre Wünsche für eine gelingende gemeinsame Gestaltung der Zukunft.⁵⁹ Mehr Offenheit und Verständnis füreinander wünscht sich auch die Sozialarbeiterin Jana Robson*, und »dass gesehen wird, dass der Landkreis Bautzen ein Problem mit Rechtsextremismus hat. Das wäre ja schon mal ein großer Fortschritt und nicht bloß von bestimmten Akteuren gesehen wird, sondern vom Landrat oder vom Kreis.«⁶⁰

9.3.4 Integration vor Ort im Vergleich

In der Zusammenschau dieser drei Gemeindeporträts lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Herangehensweise an die Integrationsaufgabe erkennen. Die Startsituation ist in allen drei Gemeinden ähnlich: die Zuweisung der Geflüchteten kommt relativ plötzlich. Die Verwaltungsstrukturen sind mit der Asylbürokratie und der Ertüchtigung von Unterbringungsstrukturen beschäftigt, so dass die Aufgabe der Integration in den Alltag zunächst vollständig auf den Schultern der Ehrenamtlichen ruht. Diese bündeln ihre Kräfte und beginnen, lokale Netzwerke aufzubauen. Am effektivsten gelingt das in Trabsen*, wo sich mit der Bürgermeisterin und dem Pfarrer zwei zentrale Schlüsselpersonen der Gemeinde an die Spitze setzen und es so schaffen, einen großen Pool an Ehrenamtlichen zu aktivieren. In Ehrenfeld* und Friedenau* hingegen ist weniger bis gar kein öffentlicher Rückhalt zu beobachten. Es gibt weniger ehrenamtlich Aktive, die auch weniger vernetzt sind. In allen drei Regionen wird durch die Behörden des Landkreises mit etwas Zeitverzug eine effektive Infrastruktur aufgebaut, die fortan die zentralen Integrationsbereiche managt, allen voran die Vermittlung von Geflüchteten in Sprachkurse und danach in den Arbeitsmarkt. In allen drei Regionen werden die in den Jahren 2016 und 2017 zahlreich verfügbaren Fördermittel aktiv ausgeschöpft, um damit die Vermittlungs- und Beratungsstrukturen auszubauen. Allerorts kommt es während dieser Zeit zu Überlappungen von Zuständigkeiten auf der einen Seite und Interaktionslücken auf der anderen Seite, so dass nicht alle verfügbaren Ressourcen ihre vollständige

58 Interview mit Katarzyna Mayer* (Pseudonym), Ausländerbeauftragte des Landkreises Bautzen, November 2019.

59 Interview mit Alima Ibrahim* (Pseudonym), Gründerin einer Migrantinnen-Selbst-Organisation in der sächsischen Lausitz, Januar 2019.

60 Interview mit Jana Robson* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Migrationsberaterin in der sächsischen Lausitz, Mai 2019.

Wirksamkeit entfalten können. Daher wünschen sich manche Akteur:innen eine Verlagerung von Ressourcen auf die Gemeindeebene, da sie dort am effektivsten verwendet werden könnten. Dort sind vor allem die Ehrenamtlichen aktiv, häufig mit phantasievollen Begegnungsformaten, mit Cafés, Gemeinschaftsgärten oder Second-Hand-Läden, und mit individuellen Patenschaftsbeziehungen. Dabei entstehen enge Bindungen zu den Geflüchteten, so dass deren Bedarfe genau erkannt werden. Dass diese aufgrund rechtlicher Vorgaben oder struktureller Gegebenheiten nicht immer adäquat bearbeitet werden können, frustriert und ermüdet die Ehrenamtlichen.

Beides, sowohl das Engagement der Ehrenamtlichen als auch die strukturellen Integrationsressourcen, erweisen sich in der Längsschnittbetrachtung als nicht nachhaltig. Viele Ehrenamtliche kapitulieren angesichts der Komplexität der Integrationsaufgaben, die professionelle Expertise benötigen. Die Empfindung fehlender öffentliche Wertschätzung ihrer Arbeit führt bei vielen zu Zorn und anschließendem Rückzug. Deutlich spürbar wird das bei der Friedenauerin Christine Bader* (»Wir sind die dummen Ehrenamtlichen«), während die Trabsener* Ehrenamtliche Regina Harmsen* begeistert von den regelmäßigen Wertschätzungsveranstaltungen in Niedersachsen berichtet, bei denen sogar der Ministerpräsident anwesend ist: »Das fand ich immer ganz toll«.⁶¹ Eine geringe Nachhaltigkeit der ehrenamtlichen Strukturen ist vor allem in Ehrsfeld* und Friedenau* zu befürchten, da die Aktivitäten auf den Schultern von wenigen »Einzelkämpfern«⁶² ruhen, während sich in Trabsen* ein fester Freundeskreis zusammengefunden hat, der sich als Verein institutionalisiert hat und auch abseits der Integrationsarbeit von den entstandenen Bindungen profitiert. Doch auch dort berichtet man von Ermüdungserscheinungen und Frustration bei den Ehrenamtlichen. Da sich die meisten Ehrenamtlichen im Rentenalter befinden und jüngere Menschen durch ihre vielen Verpflichtungen als kaum rekrutierbar gelten, dürfte eine wichtige Zukunftsfrage sein, wie der Generationenwechsel im Ehrenamt gelingt. Denn die nachwachsende Generation der »jungen Alten« ist anders sozialisiert. Sie lebt stärker individualisiert, mit vielen Bezügen zu sozialen Medien und weniger konkreter Ortsbindung.

Für die hauptamtlichen Integrationsstrukturen ist fehlende Nachhaltigkeit ein zentrales Problem: die starke Bindung an Fördermittel verleiht der Integrationsarbeit einen Projektcharakter. Mit dem Ende der Projektförderung geht jeweils eine Mitarbeiterfluktuation einher, was nicht nur zum Verlust von institutionellem Wissen, sondern auch zum Zusammenbrechen von Kontaktnetzwerken führt. Zwar werden manche Projekte neu bewilligt und Förderlinien verlängert, aber durch die Befristung ist »wie in jedem sozialen Bereich die Fluktuation der Mitarbeiter vorprogrammiert, weil man sich ja dann auch immer versucht zu retten. Und das ist wirklich für diesen Bereich, wenn es politisch tatsächlich gewollt ist, eine unhaltbare Situation«.⁶³

61 Interview mit Regina Harmsen* (Pseudonym), ehem. Vorsitzende des Flüchtlingshilfvereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

62 Interview mit Isolde Rösner* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Februar 2019.

63 Interview mit Heidrun Voss* (Pseudonym), Leiterin des Sachgebiets Integration im Ausländeramt des Landkreises Bautzen, März 2019.

Da die Integrationsaktivitäten zu den freiwilligen kommunalen Selbstaufgaben gehören, unterliegen Entscheidungen über das Aufsetzen von Förderprogrammen, über den Personalbesatz von Integrationsstellen und sogar über die Ausarbeitung von Förderanträgen und das Abrufen von Fördermitteln dem politischen Votum. In einem politischen Klima, in dem Integrationsaufgaben hinterfragt und die Anwesenheit von Asylsuchenden vor allem unter Ordnungs- und Sicherheitsaspekten diskutiert wird, kann kaum von einem starken und nachhaltigen Engagement für die Ertüchtigung von Integrationsinfrastrukturen ausgegangen werden. Die daraus resultierenden negativen Effekte für den Verlauf von Integrationsprozessen können dann wiederum als Argument genutzt werden, um Überlastungs- und Abwehrdiskurse zu verstärken.

Eine besonders starke Diskrepanz zwischen den Realitäten vor Ort und den übergeordneten politischen Diskursen ist beim Thema Beschäftigung und Arbeitsmarkt zu erkennen. Einerseits werden erhebliche Summen in Vermittlungs- und Qualifizierungsstrukturen investiert, die nicht den gewünschten Erfolg bei der Arbeitsmarktintegration erzielen. Andererseits werden die pragmatischen und nachfragegesteuerten Integrationsstrategien lokaler Akteur:innen durch normative Vorgaben (Sprache-Bildung-Arbeit) oder eine restriktive Steuerung des Arbeitsmarktzugangs torpediert. In allen drei Regionen empören sich Arbeitgeber:innen über die Verunmöglichung des Arbeitsmarktzugangs von Geduldeten, die teilweise längst zu qualifizierten Mitarbeiter:innen herangereift sind, bevor ihnen die Arbeitserlaubnis wieder entzogen wird. Die betroffenen Unternehmer:innen sind spürbar erschüttert darüber und lassen einen massiven Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Instanzen erkennen. Gerade mit Blick auf das Polarisierungspotenzial des Themas Fluchtmigration wird an dieser Stelle durch die Vorrangstellung ordnungspolitischer gegenüber wirtschafts- und sozialpolitischen Prinzipien eine Möglichkeit der gesellschaftlichen Befriedung verspielt.

Durch die ganzheitliche Betrachtung der drei Gemeinden offenbaren sich systematische Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlich-politischen Situation und dem Ausmaß an lokaler Rezeptivität. Diese ist in Trabsen* am stärksten, mit einer sozialdemokratischen Basis, gepaart mit zupackenden Haltungen; mit einer Bürgermeisterin, die für ein Willkommensklima einsteht, mit einem erheblichen Anteil an von Gemeinsinn geprägter Bevölkerung und starken Kirchengemeinden, die ihr Engagement aus einer christlichen Grundhaltung heraus leisten. Integration möglich zu machen, dieses Ziel eint die haupt- und ehrenamtlichen Akteur:innen, die bei aller auch hier zu beobachtenden Reibungsverluste, Verzögerungen und rechtlichen Einschränkungen das Gefühl vermitteln, an einem Strang zu ziehen. Eine gegenteilige Situation zeigt sich in Friedenau*, wo die vor Ort aktiven Haupt- und Ehrenamtlichen gegen unsichtbare Mauern ankämpfen, die sich aus restriktiv ausgelegten Regulierungen und rein verwaltungsgesetzlichen top-down Entscheidungen zusammensetzen. Zwar kann das Arbeitskräftepotenzial der Geflüchteten in einer von demographischer Schrumpfung geprägten Region als Motor der Integration partiell identifiziert werden, doch es entwickelt sich daraus keine tragfähige Erzählung, so dass mehrere Akteur:innen überzeugt sind: »Integration wird in Bautzen nicht gewollt!«⁶⁴ Als Erklärung muss das übergeordnete politische Kli-

64 Interview mit Christine Bader* (Pseudonym), ehrenamtliche Betreuerin in der Gemeinschaftsunterkunft Friedenau* (Pseudonym), März 2019.

ma angesprochen werden, das geprägt ist durch nationalkonservative Haltungen, verbunden mit einem starken rechtsradikalen Wählerpotenzial und einer Normalisierung von demokratiefeindlichen und rassistischen Diskurspositionen. Zwischen diesen beiden Extrempolen liegt die Gemeinde Ehrsfeld*, die durch ein konservativ-bodenständiges Milieu geprägt ist und wo der Fokus auf ›Integration durch Arbeit‹ liegt, womit die aktuelle Integrationsaufgabe an Erfahrungen aus früheren Einwanderungen rückgebunden und mit dem Selbstbild einer von Industrie und Handwerk geprägten Region mit einer arbeitsamen Bevölkerung verkoppelt wird. Die vorwiegend assimilative Erwartung an die Geflüchteten, gepaart mit einem geringen Anteil weltoffener, engagierter Zivilgesellschaft lässt für die Zukunft eher ein »Nebeneinander«⁶⁵ als ein Miteinander von Geflüchteten und Einheimischen erwarten.

Jenseits der grundsätzlichen strukturellen, gesellschaftlichen und politischen Unterschiede ist in allen drei Gemeinden eine Diskrepanz zwischen einer zugewandten und engagierten Minderheit und einer großen Mehrheit zu erkennen, die wahlweise als »eher leise«⁶⁶, »völlig desinteressierte«⁶⁷ bis »skeptische«⁶⁸ Bevölkerung bezeichnet wird. Zivilgesellschaftliche Akteure sehen Kontakt und Begegnung als notwendige und effektive Formate, um Unsicherheiten, Ängste oder Skepsis abzubauen. Sie organisieren Spieldenachmittage, Koch-Events, interkulturelle Feste, Begegnungscafés, Ausflüge, Vorträge und Gesprächskreise, um das zutage zu fördern, was der Soziologe David Radford mit *everyday sameness* bezeichnet. Zu erkennen, dass Herkunft und Kultur zwar unterschiedlich, aber Lebenswege und Einstellungen ähnlich sind, dass man den gleichen Humor besitzt und gemeinsame Interessen entdeckt, soll den Weg zu einem offenen und vorurteilslosen Miteinander öffnen. So erfolgreich und schön die einzelnen Aktivitäten auch verlaufen, so eint ihre Veranstalter:innen die Erkenntnis, dass »immer die gleichen Grüppchen«⁶⁹ dabei sind. Diese Erkenntnis reduziert sich nicht auf die Mitglieder der Aufnahmegerügsellschaft. Auch über die Geflüchteten gibt es viele Erzählungen, dass sie schwer aktivierbar seien oder sich zurückzogen. Bei beiden Gruppen dürfte dieses Verhalten die verschiedensten nachvollziehbaren Ursachen haben, die sich trotz aller Bemühungen nicht vollständig abbauen lassen. Es bleibt dann jedoch die Frage, wie die Situation des nebeneinander Lebens zu einem miteinander Leben transformiert werden kann. Diese Frage wird von vielen Gesprächspartner:innen mit Blick auf die folgende Generation beantwortet, womit die sog. 1,5te Migrant:innengeneration gemeint ist, also jene, die entweder als Kinder angekommen sind oder kurz nach der Ankunft in Deutschland geboren wurden. Durch ihre Sozialisation in der deutschen Sprache und den langen

65 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

66 Interview mit Sandra Breitner* (Pseudonym), Kommunale Integrationskoordinatorin in der sächsischen Lausitz, März 2019.

67 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

68 Interview mit Rainer Schmitt* (Pseudonym), Betreiber einer Clearing-Stelle für unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Mittelfranken, Juni 2019.

69 Interview mit Heidrun Voss* (Pseudonym), Leiterin des Sachgebiets Integration im Ausländeramt des Landkreises Bautzen, März 2019.

gemeinsamen Schulbesuch mit deutschen Kindern, so die Erwartung und erste Beobachtung, würden diese viel natürlicher mit Diversität umgehen können als die älteren Generationen.

Mit Blick auf die lokal eingebetteten historischen Migrationserfahrungen (Kap. 7) ist an dieser Stelle der Perspektivwechsel in die Aufnahmegerellschaft interessant. Die Frage, was diese eigentlich zur sozialen Gemeinschaft macht, ab wann neue Mitglieder jenseits von kulturalisierendem *othering* als Teil der lokalen Gemeinschaft betrachtet werden, wird gerade in ländlichen Kommunen mit einer extrem langen Anwesenheitsdauer verknüpft. Im Kern geht es dabei um die Möglichkeit, während einer gemeinsamen Sozialisierungsphase geteilte Erinnerungen zu generieren (vgl. Textbox 9.2).

Textbox 9.2: »Was ist überhaupt Gemeinschaft für uns?«

Und, ich meine ich bin jetzt keine Ehrsfelderin*, ich bin selber zugezogen vor langer, langer Zeit und ich habe auch LANGE gebraucht, bis ich so das Gefühl gehabt habe, ich bin nicht mehr fremd hier. Und jetzt bin ich ja nicht wirklich jemand, der sich so daheim zurückzieht, aber – »Gell, Sie wohnen noch nicht lange da?« – »Doch, zehn Jahre.« – »Ach nee, echt?« – »Ja.« Das ist so. Und jetzt bin ich weder dunkelhäutig noch sonst irgendwie.⁷⁰

Also wir haben hier auch Geschichten davon, dass sich Leute vor 20, 25 Jahren ein Haus gebaut haben in irgendeinem Dorf, aus der Großstadt gekommen sind und nach 25 Jahren immer noch das Gefühl haben, sie gehören nicht zur Dorfgemeinschaft dazu. Deutsche Leute, ja. Ja, die Kinder vielleicht schon, weil die Kinder das ganz anders sehen, aber die Erwachsenen: »Der ist doch erst gerade zugezogen vor 25 Jahren!« [Lachen] Das ist auch für uns Deutsche so ein Moment, wo wir kurz mal innehalten sollten, was bedeutet denn für uns eigentlich, jemanden mit in die Gemeinschaft zu lassen, und was ist überhaupt Gemeinschaft für uns? Wo fängt das an? Im Kopf? Muss ich mit den Leuten zur Schule gegangen sein, um mit ihnen in einer Stadt leben zu dürfen?⁷¹

Möchte man nicht zwei Generationen abwarten, bis Einheimische und Geflüchtete zueinander gefunden haben, lohnten sich Formate, durch die entweder gemeinsame Erlebnisse generiert oder Gemeinsamkeiten aus den je eigenen biographischen Wissensbeständen aufgerufen werden, durch die emotionale Bindung entstehen kann. In mehreren der von uns beforschten Kommunen wurden beispielsweise Biographieprojekte initiiert, in denen die neu angekommenen Geflüchteten und die immer noch große, wenn auch stark gealterte Gruppe der Weltkriegsvertriebenen Gemeinsamkeiten im eigenen Erlebten aufspüren und daraus Ausstellungsprojekte oder Erzählcafés

⁷⁰ Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

⁷¹ Interview mit Rainer Konert* (Pseudonym), Mitarbeiter eines Wohlfahrtsverbandes in Nordsachsen, Dezember 2019.

gestalten. Dass auch solche Aktivitäten nicht abgekoppelt vom allgemeinen gesellschaftlichen Klima stattfinden, zeigt eine jüngere Begebenheit aus dem sächsischen Pirna, wo eine Wanderausstellung mit biographischen Reflexionen Geflüchteter noch vor der Eröffnung im Landratsamt wieder abgebaut wurde. Begründung des Landratsamtes: »Die Ausstellung polarisierte bereits in den ersten Stunden nach ihrem Aufhängen und sorgte für eine aufgeheizte Stimmung unter den anwesenden Betrachtern.« (MDR 18.09.2024) Die Ausstellung »Es ist nicht leise in meinem Kopf« präsentierte in Bild-Text-Tafeln autobiographischen Erzählungen junger Geflüchteter, die im sächsischen Erzgebirge untergekommen sind. Sie war vor Pirna bereits an vielen anderen Standorten zu sehen. Anlass für die im Pirnaer Landratsamt erzeugte Entrüstung waren offensichtlich Reflexionen der Geflüchteten über die erlebte Perspektivlosigkeit und Rassismus-Erfahrungen in Deutschland, die man auch als Kritik am Verhalten der Aufnahmegerügsellschaft verstehen könnte. Die Aussagen riefen »verständlicherweise Unmut und Unverständnis von Bürgern und Mitarbeitern [...] hervor«, so das Landratsamt (ebd.). Die Initiatorin der Ausstellung, die Grüne Landtagsabgeordnete Ines Kummer, zeigte sich entsetzt über diese Reaktion. »Das war vielleicht der Weg des geringsten Widerstandes, die Ausstellung wieder abzuhängen«, vermutet sie, denn man hätte sich ja auch mit den ambivalenten Erfahrungen der Geflüchteten auseinandersetzen und zusammen mit empörten Besucher:innen nachdenken können, wieso die Geflüchteten sich auf diese Weise äußern (ebd.). Das allgemeine politische Klima dürfte seinen Teil beigetragen haben, dass hier keine inhaltliche Auseinandersetzung stattfand, sondern migrantische Stimmen unsichtbar gemacht wurden. Bei der Landtagswahl 2024 war in allen vier Wahlkreisen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die AfD mit 36–41 % die stärkste Kraft, bei der Bundestagswahl 2025 holte sie im Landkreis mit 46,5 % der Zweitstimmen fast die absolute Mehrheit.⁷² Angesichts des bundesweiten Erstarkens rechtsnationaler Kräfte sind derartig defensive politische Reaktionen für die Zukunft wohl häufiger zu erwarten.

Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren so dominanten Diskussion um Belastungsgrenze der Kommunen ist es abschließend noch interessant, die Einschätzungen zur lokalen Aufnahmefähigkeit aus den drei betrachteten Gemeinden zu erfahren: Aus dem Rathaus Trabsen* ist zu hören, man könne noch mehr Menschen aufnehmen, bräuchte aber Finanzierungssicherheit. In Ehrenfeld* begrüßt man eine weitere Aufnahme von Geflüchteten vor allem im Zusammenhang mit dem großen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt. Für eine rasche und passgenaue Eingliederung weiterer Geflüchteter benötigte man aber nachhaltige Strukturen. Ein Engpass ist hier vor allem der lokale Wohnungsmarkt, der auch durch die parallel laufende Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland stark nachgefragt wird. In Friedenau* steht grundsätzlich ausreichend Wohnraum zur Verfügung, und auch einer Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft würde der Bürgermeister zustimmen. In der Region gibt es ebenfalls einen großen Arbeitskräftebedarf, doch es hapert an der gesellschaftlichen Willkommenskultur. Da aber für die Region ähnlich wie in Ehrenfeld* Fachkräfte aus dem Ausland (z.B. China, Vietnam, Ukraine) angeworben werden, ist eine skeptische bis feindselige Bevölkerung nicht nur

72 Vgl. <https://www.wahlen.sachsen.de/bundestagswahl-2025.html>

für die weitere Aufnahme von Geflüchteten ein Hemmschuh, sondern für die grundsätzliche weitere Entwicklung der Region.

